"WIR PRODUZIEREN SICHERHEIT"

Überlegungen zur Rolle des Militärs in Chile und in der BRD mit dem Ziel, die immer noch vorhandene Gleichgültigkeit und Unwissenheit gegenüber einem Problem zu bekämpfen, mit dem sich jeder auseinandersetzen muß, der eine Veränderung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse will. Zugleich wird der notwendigerweise unvollkommene Versuch unternommen, aufgrund einer Analyse der vergangenen und gegenwärtigen globalen Wirtschafts- und Militärpolitik der USA sowie der NATO/EG, Ansätze zu einer antimilitaristischen Strategie zu entwickeln.

260 Seiten
- Im Buchhandel 10 Mark
- Für Abonnenten der Chile Nachrichten 7 Mark

c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12

Je verkauftes Exemplar gehen 1,50 Mark an den chilenischen Widerstand

REDAKTIONSNACHRICHTEN

Redaktion: Redaktionskollektiv V. I. S. P.: Elfriede Kohut
Herausgeberkreis: Komitee "Solidarität mit Chile" Berlin-West
Chile-Komitee Hamburg, Komitee "Solidarität mit Chile" Heidelberg,
AELA München, Komitee "Solidarität mit Chile" Tübingen

CHILE-NACHRICHTEN Savignyplatz 5 1000 Berlin 12 Tel. 030/3135065

Jahresabonnement BRD und europ. Ausland DM 30. - Berlin-West DM 25. -
Doppelabonnement BRD und europ. Ausland DM 50. - Berlin-West DM 40. -
Liefrung nach Eingang des Geldes auf dem Postscheckkonto Berlin-West
Elfriede Kohut Nr. 38OO87-1O8, Kennwort Neuabo 1976

CHILE-NACHRICHTEN
NUMMER 38 JG.3 20.6.1976 BERLIN(WEST)

Solidaritätspreis 1,50 DM

CHILE, ARGENTINIEN, PERU, KOLUMBIEN, URUGUAY, BRASILIEN

INHALT

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

- Ein paar Menschenrechte als Wechselgeld 3
- Deutsch-chilenischer Handel 12
- Pinochet wollte Kumpels helfen... 15
- Flugblattaktion in Poblaciones 17
- Universitäten: Die Reaktion der Reaktion 18
- ...und die BRD kooperiert 24

DOKUMENTE

- PS: Antwort auf das "Trojanische Pferd" 25
- Tagung der Unidad Popular in Mexiko 28

CHILE - LATEINAMERIKA

- Argentinien 29
- Peru 38
- Kolumbien 41
- Uruguay 44
- Brasilien 50

CHILE - BRD

- Sozialdemokraten-Treffen in Caracas 54
- Antisozialismus auf Kosten der Chile-Flüchtlinge 55
- Dora 56
- Good-will-Reise zu Faschisten 58
- Die winselnde Demokratie 59

SOLIDARITÄT

- Kontobericht 62
- Uruguayer im Hungerstreik 64
- Kampagne zur Freilassung von Klaus Zieschank 65
- Amnesty-Tagung 66
- Boykott-Flugblatt aus Giessen 68

INFORMATIONEN 69

Titelbild: Zeitungen der chilenischen Linken im Untergrund:

Unidad Antifascista: Kommunistische Partei
Venceremos : MAPU
Unidad y Lucha : Sozialistische Partei

Links unten ist eine Brigade dargestellt, die Parolen auf eine Mauer malt.

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

Ein paar Menschenrechte als Wechselgeld

"Eine Regierung, die die Rechte ihrer Bürger mit Füßen tritt, hat ihren Daseinszweck verwirkt." Das sind klare und eindeutige Worte. Sie beziehen sich auf die chilenische Militärregierung unter Juntachef Pinochet, und sie wurden gesprochen von US-Außenminister Henry Kissinger am 8. Juni 1976 in Santiago de Chile auf der Tagung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

Wenn immer Worte einen Sinn haben, dann bedeuten diese Worte, daß das chilenische Volk nicht nur ein Recht auf Widerstand, sondern sogar die Pflicht zum Aufstand hat. Sie müßten gleichzeitig bedeuten, daß die Regierung der USA sich das Recht nimmt, gegen die chilenische Regierung, die die Rechte ihrer Bürger mit Füßen tritt, ein neues "Entstabilisierungsprogramm" ingangzusetzen.

Aber ist das von Kissinger so gemeint? Und handelt die Regierung der USA entsprechend?

Davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil haben die US-Regierung und die von ihr sehr stark abhängigen internationalen Finanzorganisationen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank usw.) immer mehr dazu getan, die Regierung Pinochets zu stabilisieren. Die Ziffern in den folgenden Tabellen, die

FINANZHILFE FÜR CHILES MILITÄRJUNTA
(Oktober 1973 bis Dezember 1975 in Millionen US-Dollar)

	1973	1974	1975	Insgesamt
1) Internationale Organisationen und USA				
Vereinte Nationen	-	-	2,7	2,7
Weltwährungsfonds	-	200,0	316,9	516,9
Interamerikanische Entwicklungsbank	65,0	268,3	132,1	465,4
Weltbank	-	48,8	52,4	101,1
USA	-	52,0	654,1	706,1
Zwischensumme	65,0	569,1	1 158,2	1 792,3
2) Lateinamerika Entwicklungsbank der Andenländer	0,2	3,9	7,8	11,9
Argentinien	10,0	-	54,2	64,2
Brasilien	1,0	4,0	33,1	38,1
Andere Länder	-	10,0	20,0	30,0
Zwischensumme	11,2	17,9	115,1	144,2
3) Industrieländer				
Spanien	33,5	-	15,9	49,4
Japan	-	12,0	14,0	26,0
England	-	22,5	1,0	23,5
Frankreich	-	-	20,0	20,0
Bundesrepublik	-	9,0	8,1	17,1
Finnland	-	10,0	-	10,0
Belgien	-	-	4,1	4,1
Norwegen	-	-	2,0	2,0
Kanada	-	-	2,0	2,0
Niederlande	-	-	0,8	0,8
Gemeinsame Projekte mehrerer europäischer Länder	-	140,0	-	140,0
Zwischensumme	33,5	193,5	67,9	294,9
Gesamtsumme	109,7	782,5	1 341,2	2 231,4

Quelle: CHILE-AMERICA, Rom, Nr. 16-18, März-Mai 1976, S. 37/38

CHILES SCHULDENLAST (Schätzung in Millionen Dollar)

Offizielle Schätzung der Schuldenlast für Dezember 1972:	3 440
Erhöhung durch Nichtrückzahlung und neue Kredite in den Jahren 1973 bis 1975 (abzüglich Amortisationen):	2 000
Für 1976 vorgesehene Neuverschuldung:	700
Insgesamt ohne Zinsen:	6 140
Geschätzte Zinsen:	1 872
Gesamte Schuldenlast Ende 1976:	8 012

Quelle: CHILE-AMERICA, Rom, Nr. 16-18, März-Mai 1976, S. 37

sich weitgehend auf Angaben der New York Times stützen, sprechen eine deutliche Sprache. Noch nie hat eine lateinamerikanische Regierung derartig großzügig Auslandshilfe von den USA erhalten wie die chilenische Regierung im Jahre 1975.

Die harten Worte Kissingers auf der OAS-Tagung sind deshalb nicht als Auftakt eines "Entstabilisierungsprogramms" gemeint, sondern als der Versuch der im Wahlkampf stehenden Regierung Ford, sich möglichst eindeutig von einer in aller Welt verachteten Regierung zu distanzieren, die sie in Wirklichkeit unterstützt.

Die Mißachtung und systematische Verletzung der Menschenrechte, die allgemeine Unterdrückung der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, die willkürlichen Verhaftungen und grausamen Foltern in Chile, das alles liegt der Welt so offen vor Augen, daß kein Politiker, der auf Wählerstimmen angewiesen ist, sich ohne zwingende Notwendigkeit mit der chilenischen Militärjunta identifizieren lassen möchte. Da andererseits die ultraliberale Wirtschaftspolitik günstig für das Auslandskapital ist und deshalb nach Auffassung der US-Regierung volle Unterstützung verdient, sind herzeigbare Erfolge auf dem Gebiet der Menschenrechte notwendig. Konkret heißt das: Für etwas weniger offene Mißachtung der Menschenrechte gibt es ein paar Millionen Dollar mehr.

Nach diesem Prinzip wurde zwischen Anfang Mai und Anfang Juni gleich mehrfach verfahren. Am 3. Mai kündigte US-Finanzminister Simon überraschend für die folgenden Tage einen Besuch in Chile an, wobei er die Wirtschaftspolitik der Junta in höchsten Tönen lobte, aber seiner Sorge über die Situation der Menschenrechte in Chile Ausdruck gab. Bei seinem Besuch, hieß es, ginge es aber nicht darum, Menschen durch Wirtschaftshilfe freizukaufen.

Wie zufällig kündigte am nächsten Tag die Regierung in Santiago die Freilassung von 49 politischen Gefangenen an, unter ihnen mehrere ehemalige Minister der Regierung Allende. Wieder einen Tag später traf Simon in Santiago ein, um mit Pinochet, mehreren Ministern und dem Präsidenten des Obersten Gerichts zu verhandeln. Bei seiner Abreise äußerte er Genugtuung über die erreichten Fortschritte auf wirtschaftlichem und "humanitärem" Gebiet und versprach eine weitere Steigerung der Wirtschaftshilfe. Der chilenische Außenminister Admiral Carvajal betonte, die Freilassungen hätten nichts mit dem Besuch zu tun gehabt.

Zurück in Washington feierte Simon das Versprechen der chilenischen Regierung, weitere politische Gefangene freizulassen, als Erfolg seiner Reise. Die Junta habe ihm versichert, daß sie Verbrechen gegen die Menschenrechte aburteilen und politische Unterdrückung hinfort nicht dulden werde.

In Vorbereitung der OAS-Tagung glaubte die Junta dann, sich das Wohlwollen der teilnehmenden Regierungen auf die gleiche Weise erkaufen zu können. Im Lauf des Monat Mai wurden noch einmal 49 und dann weitere 207 Freilassungen von politischen Gefangenen angekündigt. Und just am Vorabend der Ankunft Henry Kissingers in Santiago wurden erneut 60 Gefangene als freigelassen gemeldet, immer in der Vorstellung, daß diese Meldungen die Welt vom "humanitären" Charakter der Junta überzeugen könnten.

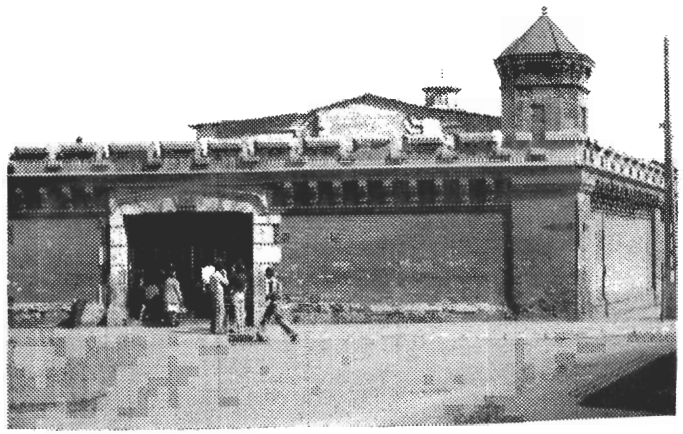
Betrug und Selbsttäuschung

Daß Menschen mehr als zweieinhalb Jahre lang in Konzentrationslagern festgehalten werden, ohne daß man ihnen mehr als ihre politische Gesinnung vorwerfen kann, hat nun allerdings kaum etwas "Humanitäres" an sich. Es ist im Gegenteil verbrecherisch. Aber das ist erst ein sehr kleiner Teil des Betruges, mit dem die Junta die Weltöffentlichkeit täuschen will.

Von den ersten 49 politischen Gefangenen, die als freigelassen gemeldet wurden, war zum Beispiel nachgewiesenermaßen ein größerer Teil schon vorher entlassen, zum Teil sogar schon im Ausland. Sie wurden - um die Junta noch "humanitärer" zu zeigen - noch einmal mitgezählt.

Schlimmer aber ist, daß oft vergessen wird, daß die Freilassungen kaum Schritt halten mit den neuen Verhaftungen, für die als einzige Begründung die Existenz des Belagerungszustandes genügt. So setzte sofort nach der Abreise des US-Finanzministers Simon eine große Repressionswelle ein, in deren Verlauf mindestens 78 Verhaftungen bekannt wurden. Die Verfolgung, die sich unmittelbar nach dem Putsch vor allem gegen die Sozialistische Partei (als größte Partei der Linken), dann in großen Wellen gegen den MIR (als Propagandisten des bewaffneten Kampfes gegen die Diktatur) und gegen die Christdemokraten (als bürgerlich-demokratische Alternative zur Militärherrschaft) gerichtet hatte, gipfelt jetzt im verschärften Kampf der Geheimpolizei DINA gegen die Kommunistische Partei, die sich - dank langjähriger Erfahrung mit politischer Arbeit im Untergrund - bisher am besten hatte schützen können. So wurden am 17. Mai Victor Díaz, bis 1973 stellvertretender Generalsekretär der PC Chiles, Mario Zamorano und Jorge Muñoz, ebenfalls aus der politischen Führung der Partei, und weitere zehn Kommunisten verhaftet.

Schon am 12. Mai wurde der Rechtsanwalt Hernán Montealegre, einer der wichtigsten Mitarbeiter des Solidaritätsvikariats der Katholischen Kirche verhaftet. Und mit dem Näherrücken des Termins der OAS-Tagung nahm die Zahl der Verhaftungen - immer allein auf grund des Belagerungszustandes - laufend zu.



Das Zuchthaus von Santiago

Der Betrug geht aber weiter. Im Mai 1975 hatte die Regierung ein Gesetzesdekret (1009) erlassen, angeblich, um den politischen Gefangenen mehr Garantien für Leib und Leben zuzusichern. Da dieses Dekret von den Sicherheitsorganen mangels Ausführungsbestimmungen praktisch überhaupt nicht beachtet wurde, ergänzte man es am 31. Januar 1976 durch ein Regierungsdekret (187) mit angeblich schärferen Bestimmungen. Diese Dekrete würden, selbst wenn sie beachtet würden, mehr Garantien beseitigen als schaffen. So dürften nach dem Verfassungsartikel, auf den sich die Junta bei der Verkündung der Dekrete berief, Verhaftungen im Rahmen des Belagerungszustandes nur auf der Grundlage eines speziell zu erlassenden Dekrets (sprich: Haftbefehl) des Staatspräsidenten erfolgen. Das Dekret 187 aber schafft die neue "Garantie", daß solche Verhaftungen nur noch unter Vorlage eines schriftlichen Haftbefehls des zuständigen Sicherheitsorgans vorgenommen werden dürfen.

Sind diese Dekrete, deren "humanitärer" Charakter oft genug von der juntatreuen Presse gefeiert wird, schon in sich ein Betrug, so wird alles noch schlimmer dadurch, daß sie einfach nicht befolgt werden. In Hunderten von Fällen wurde nachgewiesenermaßen kein Haftbefehl vorgelegt, wurden die Angehörigen nicht unterrichtet, wurden die Verhafteten für mehr als fünf Tage von jeder Außenwelt isoliert, wurden sie an anderen Orten untergebracht als in den drei "offiziellen" Konzentrationslagern und gefoltert. Und viele sind nach der Verhaftung einfach verschwunden.

Wo immer die Junta allgemein der Nichteinhaltung ihrer eigenen Gesetze und Dekrete beschuldigt wird, da handelt es sich nach Pinochet schlimmstenfalls um "einzelne Übergriffe", die angeblich geahndet werden. (Der Justizminister Miguel Schweitzer hat allerdings in einer Pressekonferenz am 17. Mai zugegeben, daß bisher noch gegen keinen Folterer Anklage erhoben worden sei). Wird nun umgekehrt von Angehörigen eines Verhafteten der konkrete Nachweis geführt, daß die DINA, die Geheimpolizei Pinochets, unter Mißachtung sämtlicher Bestimmungen jemanden hat verschwinden lassen, dann stellen die Gerichte oder die Beamten des Innenministeriums auf Anfrage fest, daß es sich leider um eine Angelegenheit handele, die in die "ausschließliche Zuständigkeit" des Staatspräsidenten, also Pinochets, falle und daß deshalb weitere Anfragen zwecklos seien.

Justizminister Schweitzer hat in seiner Pressekonferenz sogar zugegeben, daß er die Villa Grimaldi, das berüchtigte Folterzentrum der DINA besucht und dort einem Verhör beigewohnt habe. Von Foltern will er dabei nichts bemerkt haben. Nach dem Dekret 187 dürfte sich überhaupt kein einziger politischer Gefangener mehr in der Villa Grimaldi auch nur für Stunden aufhalten. So ernst, so genau nimmt heute in Chile ein Justizminister die Dekrete, an deren Ausarbeitung er selbst teilgenommen hat.

Die Beweise für den fortwährenden Einsatz der vielfältigsten Formen der Folter in Chile sind überwältigend. Ein Beispiel ist der sogenannte "Kaninchenstall" (siehe Zeichnung), der sich in der Villa Grimaldi befindet und in dem die Journalistin Gladys Díaz drei Monate hat zubringen müssen. (Das Außenministerium der Bundesrepublik hat sich "aus Sicherheitsgründen" geweigert, Gladys Díaz in der Bundesrepublik aufzunehmen und sie auf diese Weise aus den Händen der DINA zu befreien. Man lese dazu den Arti-

VILLA GRIMALDI : LAS TORRES

kel "Verweigerte Hilfe - Beihilfe zum Mord!" von Gerhard Zwerenz in der Juni-Nummer von "Das da").

Pinochet und die Militärjunta haben es als großen Sieg gefeiert, daß die OAS bereit war, ihre diesjährige Tagung in Santiago durchzuführen. Sie haben ganz offenbar geglaubt, daß ihre vielfältigen Betrugsmanöver nicht durchschaut würden. Aber sie haben sich gründlich getäuscht.

Vor der OAS: Vom Ankläger zum Angeklagten

Schon die Absage der mexikanischen Regierung aus Protest gegen die Politik der chilenischen Militärjunta war für Pinochet eine Niederlage, da sie den Wert der OAS-Tagung von vornherein erheblich minderte. Eine OAS-Tagung ohne Teilnahme Mexikos entspricht in den Augen der Lateinamerikaner ungefähr dem, was in Europa eine EG-Tagung ohne Frankreich wäre.

Die Vorbereitungen der Tagung wurden in Santiago vor allem darauf gerichtet, daß die Kontakte zwischen den Delegierten und der Bevölkerung auf ein Minimum beschränkt blieben, daß die Bettler und Strassenhändler aus dem Zentrum Santiagos verschwanden und daß von den Verhandlungen nicht unnötig viel an die chilenische Öffentlichkeit drang.

Die OAS-Tagung fand in dem Gebäude statt, das für die III. Tagung der UNCTAD 1972 unter der Regierung Allende gebaut worden war und seit dem Putsch von 1973 der Junta als Amtssitz dient.

Nach dem Protokoll steht es dem Staatschef des gastgebenden Landes zu, die Eröffnungsrede zu halten. Pinochet entledigte sich dieser Aufgabe am 4. Juni mit einer solch unverfroren direkten Rede, daß selbst der uruguayische Außenminister ob soviel "Freimütigkeit" erstaunte. Er griff die Prinzipien der liberalen Demokratie und der Entspannungspolitik frontal an und setzte dagegen die Forderung nach einer "neuen", autoritären Demokratie und nach einem "ideologischen Krieg" gegen den Kommunismus. Konnte er bis hierhin vielleicht noch auf den Beifall der reaktionären Militärregierungen von Uruguay, Brasilien, Paraguay, Bolivien, Argentinien, Guatemala und Nicaragua setzen, so war das Erstaunen allgemein, als ausgerechnet er, Pinochet das Thema der Menschenrechte zum zentralen Thema der Tagung erklärte und den Willen der Junta bekundete, zur Verteidigung der Menschenrechte das "fortschrittlichste und umfassendste Gesetzeswerk" der Welt auf diesem Gebiet abzufassen.

Die Menschenrechte wurden dann tatsächlich zum zentralen Thema der OAS-Tagung, aber in anderer Weise, als Pinochet sich das vorgestellt hatte. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) legte am 7. Juni der Tagung einen 191 Seiten langen Bericht über die planmäßige Verletzung der Menschenrechte in Chile vor, der die Versammlung praktisch in ein Tribunal mit der gastgebenden Regierung auf der Bank des Angeklagten verwandelte. Jamaicas Außenminister Dudley Thomson wurde zum Hauptankläger, unterstützt von seinen Kollegen aus Costa Rica, Venezuela, Columbien und Ecuador. Sie verlangten die Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile, deren Zahl auf mindestens 4.000 geschätzt wird. In dieser Situation fiel das Wort Kissingers vom verwirkten Daseinszweck der chilenischen Regierung.(Ob die OAS-Tagung irgendein konkretes Ergebnis für die politischen Gefangenen in Chile haben wird, stand bei Redaktionsschluß dieser CHILE-NACHRICHTEN noch nicht fest. Jedenfalls aber hatte sich die Durchführung der OAS-Tagung in Santiago für die Junta schon aus einem Sieg in eine Niederlage verwandelt.)

Terror und liberale Wirtschaft

Die Achtung der Menschenrechte in Chile zu fordern, ohne zugleich den Sturz der Junta und die Beseitigung der heute herrschenden Wirtschaftspolitik auf die Tagesordnung zu setzen, beruht entweder auf Illusion oder auf Demagogie. Eine Wirtschaftspolitik, die die gesamte Wirtschaft in den Dienst einer kleinen Minderheit - Auslandskapital, Monopolgruppen, Exporteure, Finanzspekulanten und Militärs - stellt und der die Produktion für die Bevölkerung so gut wie nichts bedeutet, kann sich den Luxus politischer und gewerkschaftlicher Freiheiten in keinem Fall leisten, sie läßt sich nur durchhalten auf der Grundlage des Terrors. Wenn US-Finanzminister Simon erklärt hat, daß die in Chile jetzt gewonnenen wirtschaftlichen Freiheiten um ihrer selbst willen der Ergänzung durch politische Freiheiten bedürfen, so ist das ein gigantischer Humbug, der nicht einmal als Argument innerhalb des gewöhnlichen liberalen Selbstbetrugs ernst genommen werden kann. Die "freie Marktwirtschaft" in Chile sprich : die Freiheit zu Raubbau und Ausplünderung, ist auf den Terror angewiesen. Vertreter des Kapitals, wie etwa Otto Wolf Amerongen (vergl . den Bericht über seinen Chile-Besuch in diesem Heft) auf demokratische Legitimation nicht angewiesen sind, lassen deshalb - in dieser Hinsicht ehrlicher - die Frage der Menschenrechte und des Terrors von vornherein beiseite. Geschäft ist Geschäft. Basta.

Wenn es so bleiben soll, dann müssen die Vertreter der Kirchen, der noch zugelassenen Gewerkschaften, der verbotenen und suspendierten Parteien, ja selbst der Sportclub unter der ständigen Bedrohung stehen, eines Tages verhaftet und gefoltert zu werden oder völlig zu verschwinden. Die Militärjunta kann es sich leisten, hin und wieder politische Gefangene freizulassen, aber sie kann nicht auf den permanenten Belagerungszustand und auf willkürliche Verhaftungen verzichten.

Die Senkung der Reallöhne hat einen solchen Rückgang der Nachfrage bewirkt, daß die Produktion 1975 um etwa 24% zurückgegangen ist. Entsprechend wuchs die Arbeitslosigkeit und mit ihr das Massenelend und der Hunger. Die nebenstehende offizielle Statistik der Arbeitslosigkeit im Raum Santiago vom Dezember 75 macht das drastisch deutlich. Sie zeigt zunächst, daß der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung - durch Geburtenrückgang und Steigerung der Kindersterblichkeit - dramatisch zurückgeht. Und sie zeigt weiter, daß die Arbeiter von der Arbeitslosigkeit bei weitem am stärksten betroffen sind. Zu den 110.000 Arbeitern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben sind noch die 64.000 Jugendlichen zu zählen, die zum ersten Mal einen Arbeitsplatz - in der Regel als Arbeiter - suchen. Die reale Arbeitslosenrate liegt also in diesem Bereich selbst nach offiziellen Ziffern bei mehr als 30%.

Um mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden, müßten sofort mehr als 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, also fast ein Arbeitsplatz auf drei Beschäftigte. Die Regierung aber wirbt um Auslandskapital mit hochentwickelter Technologie (und deshalb geringer Arbeitsintensität). Betroffen von dieser Entwicklung sind aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch die mittleren und kleinen Industriellen und Händler. Mangels Nachfrage müssen immer mehr Einzelhändler ihre Läden schließen.

ARBEITSLOSIGKEIT IN GROSS-SANTIAGO (alle Ziffern in 1000 Personen, Arbeitslosigkeitsquoten in Klammern)

	Dezember 1973	Dezember 1974	Dezember 1975	Veränderung 1974/75 absolut	Veränderung 1974/75 relativ (in %)
Gesamtbevölkerung	3449	3594	3745	+ 151	+ 4,2
davon: bis zu 14 Jahren	1116	1136	1148	+ 12	+ 1,1
Bevölkerung über 14 Jahre	2333	2457	2597	+ 139	+ 5,7
davon: wirtschaftlich inaktiv	1129	1199	1279	+ 80	+ 6,7
Erwerbspersonen	1204	1259	1317	+ 59	+ 4,7
davon: Erwerbstätige	1119	1136	1071	- 65	- 5,7
Arbeitslose	84 (7,0%)	122 (9,7%)	246 (18,7%)	+ 124	+ 101,4
davon suchen zum ersten Mal Arbeit	24	45	64	+ 19	+ 43,0
Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen:					
Industrie, Landwirtschaft und Bergbau	367	371	316	- 55	- 14,9
Bauwesen	79	92	53	- 39	- 42,7
Dienstleistungen u. a.	669	673	703	+ 30	+ 4,5
Erwerbstätige nach Stellung im Beruf:					
nicht abhängig	300	262	248	- 14	- 5,3
Angestellte	411	455	429	- 27	- 5,8
Arbeiter	408	419	395	- 24	- 5,8
Arbeitslose, zuletzt tätig in:					
Industrie, Landwirtschaft und Bergbau	20 (5,3%)	28 (7,0%)	60 (16,0%)	+ 32	+ 116,1
Bauwesen	10 (10,8%)	13 (12,2%)	35 (39,5%)	+ 22	+ 169,5
Dienstleistungen u. a.	31 (4,4%)	37 (5,1%)	87 (11,0%)	+ 51	+ 138,9
Arbeitslose, zuletzt tätig als:					
nicht abhängig	9 (2,9%)	11 (4,1%)	24 (8,8%)	+ 13	+ 124,3
Angestellte	15 (3,4%)	18 (3,7%)	48 (10,0%)	+ 30	+ 169,5
Arbeiter	36 (8,2%)	48 (10,3%)	110 (21,9%)	+ 62	+ 128,6

Quelle: Universidad de Chile, Santiago
Differenzen bei den Summen ergeben sich durch Auf- und Abrunden.

An die Stelle der kleinen Lüden treten neue Clas- paläste der aus dem Boden schießenden Finanzinstitute, in deren auf Spekulation gegründeten Kassen sich nach kurzer Zeit die Dollar- millionen der reichlich fließenden "Wirtschafts- hilfe wieder finden. Sie sind - neben den Militärs - die Hauptgewinner der katastrophalen Wirtschafts- krise. Sie bereichern sich am Terror.

Die Aussichten, daß diese Krise unter der Beibehal- tung der ultraliberalen Wirtschaftspolitik über- wunden werden kann, sind minimal. Selbst wenn der Preis des Hauptproduktes Kupfer auf dem Weltmarkt weiter steigen sollte - was wegen der Normalisierung des Transportes zwischen Zambia und Angola und wegen der angekündigten Produktionssteigerungen Chiles vorläufig unwahrscheinlich ist - die zusätzlichen Erlöse würden nicht für die Steigerung der Real- löhne der Nachfrage und der Produktion verwandt, sondern als Anreiz für das Auslandskapital aufgehäuft.

"Ausverkauf! Wir gehen."
Die Einzelhändler müssen aufgeben.

Chilenisierung Lateinamerikas

Trotz Wirtschaftskrise und anhaltender weltweiter Ächtung und Isolierung kann sich die Militärjunta immer noch sicher fühlen, weil ihr Modell - ultraliberale Wirtschaftspolitik plus Terror - all- mählich ein kontinentales wird. Wie vorher schon Paraguay, Brasilien, Bolivien und Uruguay, so ist seit dem Militärputsch vom März jetzt auch Argentinien voll auf diese Linie eingeschwenkt. Damit aber ergibt sich die Möglichkeit einer systematischen Internationali- sierung des Terrors. Die Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Terrororganisationen (private Geheimgesellschaften, Geheimpolizeien und normale staatliche Repressionsorgane) aus allen Ländern des südlichen Südamerikas richtet sich schon nicht mehr nur auf die "Ausrottung des Marxismus", sondern bereits auf die physische Elimination aller Personen, die als nationale Integrationsfiguren für eine bürgerlich-demokratische Alternative Pate stehen könnten.

Die Ermordung des chilenischen Generals Prats in Buenos Aires im

September 1974 hat sich jetzt nur als ein Vorspiel für ein allgemeines Abschlachten herausgestellt. Die bekannten uruguayischen Parlamentarier Michelini und Gutiérrez und der bolivianische Ex-Präsident Juan José Torres, alle drei im Mai 1976 in Argentinien ermordet, stellten ebenso wie Prats eine Hoffnung für ihre Völker dar. (In dem Maße, wie Lateinamerika chilenisiert wird, ist es nur natürlich, daß sich die CHILE-NACHRICHTEN lateinamerikanisieren.)

Die Zusammenarbeit des chilenischen Terrorapparates beschränkt sich aber nicht nur auf die Nachbarländer. Mitte Mai berichtete ein junger Engländer im britischen Fernsehen, er sei jahrelang unter den chilenischen Flüchtlingen und in den Chile-Komitees als Spion und Provokateur im Auftrag der chilenischen Botschaft tätig gewesen. In Rom, Paris, Madrid und San José/Costa Rica finden und verlieren sich immer wieder die Spuren von gedungenen oder freiwilligen Mördertrupps exilkubanischer oder chilenischer Herkunft. Der westdeutsche Bundesnachrichtendienst aber stellt sich in den Dienst dieser Machinerie und verbreitet Greulmärchen über die angebliche Wühlarbeit lateinamerikanischer Flüchtlinge in Europa. Und der Spiegel druckt sie auch noch kommentarlos ab. (Vgl. Bericht in dieser Nummer.)

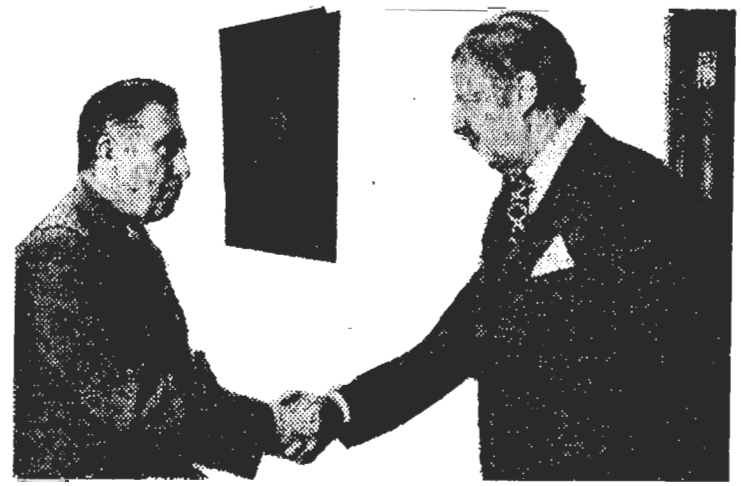
Unter Führung der reaktionären lateinamerikanischen Diktaturen bildet sich ein neuer Block, der gemeinsam nicht nur gegen den Sozialismus kämpft, sondern auch gegen Entspannung, bürgerliche Demokratie und Pluralismus. Südkorea gehört dazu und Südafrika. Israel verbessert zu all diesen Ländern seine Beziehungen. Da mögen das deutsche Kapital und die bundesdeutsche Rechte nicht fehlen.

Deutsch-chilenischer Handel

ZUSAMMENARBEIT AUS PROFITGIER UM JEDEN PREIS

Ende Mai war Otto Wolff von Amerongen - Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages - zu einem mehrtägigen Besuch in Chile. In Santiago angekommen, sagte er in einem Grußwort vor der Deutsch-Chilenischen Handelskammer, die ihr 60-jähriges Bestehen feierte, die Kammer liefere ein Beispiel dafür, wie wirtschaftliche Verbindungen politische Veränderungen überdauern" (Blick in die Wirtschaft, Frankfurter Zeitung, Freitag, den 28. 5. 76).

Wie fatal erinnert dieser Ausspruch an die Leute, die ohne mit der Wimper zu zucken stets für ihr Vorgehen eine Rechtfertigung fanden: 1918, 1933 und 1945. Wir fühlen uns z. B. erinnert an den Ausspruch Alfred Krupps zu Bohlen und Halbach nach 1945 in einem Verhör:"Wir Kruppianer sind keine Idealisten, sondern Realisten... Wir hatten den Eindruck, daß Hitler uns... eine gesunde Entwicklung bescheren würde. Tatsächlich hat er das getan. Das Parteiwesen vorher war wild. Hitler plante und handelte."(zitiert nach L. Poliakov und J. Wulf:Das Dritte Reich und die Juden, Berlin 1955, S. 35f, vgl. CHILE-NACHRICHTEN Sondernummer 4 S. 69).



Pinochet und Wolff von Amerongen

Warum fuhr Otto Wolff von Amerongen nach Chile? Will er Geschäfte machen, obwohl in Chile die Menschenrechte mit Füßen getreten werden und nur vor großen öffentlichen Ereignissen demonstrative Beweise der Menschenfreundlichkeit eine saubere Weste vortäuschen sollen (vgl. Berichte zur OAS Konferenz im Ereignisartikel dieser Nummer)? Will er Geschäfte machen trotz Chiles ruinöser Wirtschaftslage (Preissteigerungen von noch immer knapp 300% im Jahr, Arbeitslosgkeit 18, 7% im Dezember 1975)?

1) Er bemüht sich, Chiles schlechte Wirtschaftslage unter der Juntaherrschaft auf die Wirtschaftskrise im internationalen Maßstab und auf den gesunkenen Kupferpreis zurückzuführen. Dabei verschweigt er, daß die Junta zunächst bis Mai 1974 von einem enormen Ansteigen des Kupferpreises um fast 200% - verglichen mit den letzten Monaten des Jahres 1973 - profitierte. (vgl. CHILE-NACHRICHTEN Nr. 24, Jg. 2, S. 11ff). Beschwichtigend meint er zur Wirtschaftskatastrophe, es sei wie bei uns nach dem Krieg."Er persönlich sei überzeugt, daß Chile auf jenem richtigen Wege sei, den die BRD zu ihrem wirtschaftlichen 'take off' genommen habe."(vgl. El Mercurio 29. 5. 76).

2) Mit dem erneuten Steigen des Kupferpreises wird Chile für ihn von neuem interessant und er erkundigt sich bereits danach, wie die Währungspolitik dieser neuen Entwicklung Rechnung tragen werde. Deutlich ist das wachsende Interesse am Geschäft, sobald in Chiles Kassen wieder die Kupferdevisen klingeln. Er hofft auf eine Erleichterung der Verwaltungswege für Auslandsinvestitionen. Das bisherige Vorgehen werde im Ausland noch als fehlerhaft betrachtet. (El Mercurio 28. 5. 76).

3) Er lobt die Reprivatisierungspolitik staatlicher Firmen: sie sei - wie man in Europa beobachte - ein klarer Beweis für das wirtschaftliche Wiederaufholen Chiles (El Mercurio 28. 5. 76). Es ist deutlich, daß dieser staatliche

Ausverkauf auch durch eine Veränderung der Statuten des Andenpaktes auf seiner letzten Tagung in Lima im März 1976 erleichtert wurde, nach dem staatliche Betriebe auch an ausländische Unternehmen verkauft werden können.

4) Daß die Menschenrechtskommission der UNO Chile verurteilt hat, daß Kirche und internationale Juristenkommissionen wiederholt die grobe Verletzung der Menschenrechte in Chile nachgewiesen haben(vgl. CHILE-NACHRICHTEN Nr. 8, 14, 15, 31, 36) ist für einen Otto Wolff von Amerongen ebensowenig maßgebend, wie es für einen Krupp damals war.

Über mögliche deutsche Investitionen in Chile befragt, stellt Otto Wolff fest, diese existierten schon. Da die deutsche Wirtschaft eine Privatwirtschaft sei, "kann eine bestimmte Investition in Chile nicht bestimmt werden, sondern sie wird spontan getätigt in dem Maße, in dem sich die Gelegenheiten dafür bieten." "Vor allem ist es wichtig, daß ein entsprechendes Klima existiert, das für die Investoren attraktiv ist, dieses Klima existiert in Chile."(vgl. El Mercurio 29. 5. 76).

Hier ein Auszug aus seiner oben bereits zitierten Rede zur Feier des 60-jährigen Bestehens der Deutsch-Chilenischen Handelskammer in Anwesenheit u. a. des Finanzministers Jorge Cauas (Autor der Schock-Politik und des Wirtschaftsdesasters), dem deutschen Botschafter Strätling (vormals in Südafrika) und dem Präsidenten der chilenischen Konföderation für Handel und Produktion Manuel Valdes (Großgrundbesitzer aus Santa Cruz):

"Meine Damen und Herren: Die Handelsbeziehungen zwischen Chile und der BRD sind die eines Rohstofflandes mit einem Industrieland. Ich bitte Sie um Nachsicht, dies von vorn herein vereinfacht dargestellt zu haben. Ich tue es, weil es mir nützlich erscheint, an diesem Geburtstag darüber nachzudenken. Die Handelsbeziehungen zwischen unseren Ländern sind stark bestimmt durch diese Tatsachen. Über die Hälfte der deutschen Importe aus Chile bestehen aus rohem bzw. verarbeitetem Kupfer. Dagegen liefert Deutschland vor allem Maschinen, Lieferwagen, elektronische Artikel, Werkzeuge und chemische Produkte. Die BRD ist einer der wichtigsten Handelspartner Chiles. Wir stehen 1975 in bezug auf Ihre Importe an dritter Stelle nach den USA und dem Iran. Auf der anderen Seite steht Chile an zweiter Stelle nach Brasilien mit 12% der Importe der BRD aus Lateinamerika. 1975 stand die BRD als Käufer chilenischer Waren an erster Stelle. ..."

Finanzminister CAUAS — BRD Botschafter STRÄTLING — Wolff von AMERONGEN

Pinochet wollte Kumpels helfen... und was daraus wurde

"Häuserbau für Bergarbeiter in Lota und Coronel verzögert" - Nachrichten des Mercurio, des großbürgerlichen chilenischen Presseorgans, über die nicht-fristgemäße Fertigstellung eines Projekts im sozialen Wohnungsbau scheinen zunächst belanglos. Der Fall beleuchtet aber am konkreten Beispiel, was die Junta-Politik des "nationalen Wiederaufbaus" außer Hungerlöhnen und Repression weiter ausmacht. Und der Fall belegt drastisch die Märchen von der technischen Effizienz eines Militärregimes.

Pinochet hatte bei einer seiner Provinzreisen, Weihnachten 74, den Kohlebergarbeitern in Lota und Coronel einen persönlichen Beitrag zur Lösung ihrer Wohnungsprobleme versprochen: Wohnungen für ca. 600 Familien. Und um ein rasches Beispiel dafür zu setzen, was unter seiner Führung möglich wäre, sollten es vorfabrizierte Häuser sein, bezugsfertig ab September 1975.

Wie drängend das Wohnungsproblem in den Ländern der Dritten Welt ist, macht die UNO-Tagung in Kanada uns momentan vielleicht am Rande unseres Bewußtseins deutlich; für Chile hat es folgende Dimensionen:

Die Unidad Popular schätzte das Wohnungsdefizit 1970 auf ca. 500 000 Wohnungseinheiten bei einer Bevölkerung von damals ca. 9 Millionen; sie plante für das Jahr 1971 den Bau von 100 000 Wohnungen. Trotz beachtlicher Anstrengungen konnte sie das selbstgesteckte Ziel nicht erreichen. Im wesentlichen wegen des Boykotts der chilenischen Kammer für Bauwesen (Camara Chilena de Construcción) und der mangelhaften Kapazitäten der Baustoffe produzierenden Firmen. Nur 80 000 Wohnungen dieses Plans dürften fertig geworden sein.

Die Drei-Millionen-Stadt Santiago ist von einem Ring von Elendsvierteln umschlossen, in dem ca. eine Million Menschen haust. In diesen überwiegend aus Brettern zusammengenagelten Hütten bedeuten elektrisches Licht und Trinkwasserversorgung für die Siedlung - natürlich nicht im Haus - schon den Einzug der Zivilisation, Fallgruben als Klo sind die Norm. Nach mitteleuropäischen Maßstäben waren die 36 m^2-Wohnungen, die die Unidad Popular-Regierung für die im Durchschnitt 5-köpfigen Familien der Slumbewohner (pobladores) errichten ließ oder die von ihnen mit staatlicher Hilfe gebaut wurden, bescheiden; angesichts der von den bürgerlichen Regierungen ererbten Misere stellten sie einen ersthaften Versuch dar, die Notsituation zu überwinden.

Auf grund der kapitalistischen Organisation des Wohnungsbausektors wurden in der Frei-Zeit vor Allendes Regierungsübernahme hochgesteckte Baupläne verzögert (360 000 Wohnungen sollten errichtet werden, etwa die Hälfte wurden realisiert). Folge davon waren Landbesetzungen der Bevölkerungsgruppen, denen die staatlichen Wohnungsbaubehörden trotz langen Wartens keine Wohnungen gaben, obwohl sie ihr Bausparsoll z. T. bereits erfüllt hatten. In den selbst errichteten Lagern (campamentos) bildeten sich komplexe Selbstverwaltungsstrukturen heraus für Versorgung mit Lebensmitteln, für

Disziplin im Wohnbereich gegen Kriminalität und für eine Organisation der Arbeitslosen. Eine bessere Organisation der Gesundheitsprobleme wurde in Angriff genommen, u. a. durch die Kontrolle der minimalen hygienischen Vorsorgemaßnahmen, wodurch insbesondere die Kindersterblichkeit eingedämmt werden sollte, was z. T. trotz völlig fehlender sanitärer Einrichtung gelang. Die Bevölkerung dieser Viertel, die sich in illegaler Situation befand, mußte sich gegen Repression der Polizei verteidigen, weshalb sie Milizen und Wachsamkeitskomitees aufbaute. Diese Komitees wurden auch in der UP-Zeit aktiviert, vor allem um den Angriffen faschistischer Stoßtrupps zu begegnen.

SLUMSIEDLUNG IN LOTA

Im Bergbaugebiet Lota-Coronel war die Situation besonders dramatisch: das illustriert das System der "heißen Betten". Die Bergarbeiter kannten Schichten nicht nur auf der Zeche, sondern benutzten auch in wechselnden Schichten ihre Betten.

In dieser Gegend wollte Pinochet sein Beispiel setzen. Trotz der Arbeitslosigkeit ging der Auftrag freilich nicht an chilenische Unternehmen, - beauftragt wurden zwei ausländische Firmen: eine spanische und eine brasilisnische, um deren "Technologie" und Kreditmöglichkeiten zu nutzen.

Kurz vor Beginn des chilenischen Winters und 7 Monate nach der geplanten Fertigstellung zog jetzt der "Mercurio" Bilanz. Die spanische Firma, die insgesamt 530 Wohnungen fertigstellen sollte, hatte bis Mitte Mai 80% der Bauten montiert; die Risse in den vorgefertigten Wänden waren aber auch mit Farbe nicht mehr zu übertünchen, die Fußböden so schief, daß sich der staatliche Auftraggeber trotz des Drucks der spanischen Firma weigerte, sie in diesem Zustand zu übernehmen. Noch weniger erfolgreich war das brasilianische Unternehmen, das einen Auftrag über 400 Wohnungen bekommen hatte. Von den vorgefertigten Gipswänden hatte (laut Mercurio) k e i n e den Landtransport von Brasilien bis Chile überstanden, bis heute stehen nur die beiden Musterwohnungen. Die brasilianische Firma beginnt jetzt Studien, ob sie die Bauteile in Chile fertigen könnte.

Die Betrogenen sind aber nicht nur die Bergarbeiter; die Vergabe der Aufträge ans Ausland geht natürlich auch zu Lasten der chilenischen Bauarbeiter; laut Frankfurter Rundschau vom 28. 5. 76 liegt die Bautätigkeit gerade in dieser Region "fast vollständig darnieder; 60% der Bauarbeiter finden keine Beschäftigung."

...

Auch dort aber, wo Sozialwohnungen fertiggestellt werden, bedeutet das noch lange nicht, daß die Bedürftigen sie auch bekommen oder behalten; das Solidaritätskomitee mit den pobladores aus der Villa San Luis in Las Condes, einem Bezirk im Osten Santiagos, schildert folgenden Fall: 1971 also kurz nach Beginn der UP-Regierung, erreichten die Slumbewohner des Bezirks, daß sie in das staatliche Wohnungsbauprogramm aufgenommen wurden. In einem 5-Stufen-Plan sollten 10 700 Wohnungen gebaut werden, die erste Etappe sah 786 Wohnungen vor. Sofern unter den pobladores Bauarbeiter oder Installateure waren, waren sie beim Bau auch beteiligt. Bis zum Putsch wurden 786 Wohnungen übergeben, weitere 256 unter der Unidad Popular begonnene Wohnungen wurden Ende 1975 fertig. Nun erfuhren die Siedler vom Wohnungsbauministerium am 29. 12. 75, daß das chilenische Heer die Siedlung "erworben" hat und daß diejenigen, die seit ca. 3 Jahren dort wohnen, die Wohnungen räumen müssten. Das Heer stellt zwar die gleiche Anzahl von Wohnungen anderswo zur Verfügung, für diese müssen aber n o c h e i n m a l die (im chilenischen staatlichen Wohnungsbauprogramm üblichen) Sparquoten aufgebracht werden. Das ist - angesichts der Einkommensverhältnisse der Arbeiter bzw. ihrer Arbeitslosigkeit - eine Unmöglichkeit.

Flugblattaktion in Poblaciones

Unter der Überschrift DIE KLEINLICHEN PROPAGANDISTEN ARBEITEN IN DEN POBLATIONES berichtet der MERCURIO vom 6. Mai über Propagandatätigkeit der Linken in den Slumvierteln Santiagos. Während in den Industriegürteln "ohne Politik und in perfekter Disziplin" gearbeitet werde, habe sich die Propagandatätigkeit in die Wohnviertel verlagert. Die Flugblätter enthielten "Parolen gegen die Regierungsjunta, gegen die Wirtschaftspolitik und zugunsten Luis Corvalans, des Generalsekretärs der verbotenen KP."

"Nachts und wenigstens einmal in der Woche sind die Fußball- und Sportplätze der Wohnviertel von San Miguel mit kleinen hektographierten Blättern übersät, die der Wind in die anliegenden Straßen trägt. Bewohner von (verschiedenen Siedlungen) sagten gegenüber dem MERCURIO, daß 'in der Nacht zum 1. Mai Flugblätter mit Beleidigungen der Regierung erschienen.' Es handelte sich um Flugblätter von handgeschriebenen Matrizen abgezogen."

Eine Bewohnerin übergab dem MERCURIO Flugblätter:

"Die Parolen sind immer dieselben: 'Für ein freies Vaterland ohne Diktatur', Kämpfe und fordere die umfassendste Einheit', 'Kein Elend und keine Arbeitslosigkeit mehr', 'Nein zu den Teuerungen und zum Hunger', 'Freiheit für die politischen und gewerkschaftlichen Häftlinge'. Nur eins der Flugblätter ist von der KP unterschrieben, die anderen tragen keine Unterschrift."

Es versteht sich, daß der MERCURIO nur (zumindest verbal) juntafreundliche Einwohner zu Wort kommen läßt:

"Die heimlichen Verteiler der verbotenen KP versuchten - laut der Nachbarschaftspräsidentin Mariane Gálves Diaz -, ihre Propaganda durch christliche Funktionäre zu verteilen (Ex-Christdemokraten), aber die gesamte Propaganda wurde zum Nachbarschaftszentrum gebracht, und von da brachten wir sie zum Rathaus."

Eine andere Einwohnerin erklärt laut MERCURIO:

"'Wir wollen nur in Ruhe leben und unsere Probleme lösen ... Jene, die früher aus allem Politik machten, müssen unzufrieden sein, aber sie haben sich beruhigt.' Trotzdem erscheinen weiterhin heimliche Flugblätter. Ohne die frühere Verbreitung und ohne große technische Mittel. Aber sie existieren."

Universitäten: Die Reaktion der Reaktion

DREI BEDEUTUNGEN VON "ENTPOLITISIERUNG"

Im Dezember 1975 wurde der Luftwaffengeneral Rodríguez Pulgar seines Postens als staatskommissarischer Rektor der staatlichen Universität von Chile enthoben. Sein Nachfolger, der Oberst der Luftwaffe Tapia Fallk, mußte bereits im Mai 1976 wieder zurücktreten. Beide Rektoren waren von der Junta eingesetzt und daher eindeutig deren Vertreter. Was steht hinter diesem Selbstverschleiß der Reaktion in der Universität?

"Entpolitisierung" lautet das Schlagwort, unter das alle Vertreter der chilenischen Rechten die Universitätspolitik gestellt zu sehen wollen. Aber in der Interpretation dieses Begriffs gibt es grundlegende Unterschiede, in denen sich die Widersprüche innerhalb der chilenischen Bourgeoisie und deren politischen Vertreter über die gesellschaftliche Zukunft des Landes widerspiegeln.

Drei Phasen lassen sich seit dem Putsch unterscheiden: In einer ersten Phase war "Entpolitisierung" gleichbedeutend mit Ausschaltung der Linken. In einer zweiten Phase bedeutete das Schlagwort soviel wie "Ent-Akademisierung", das heißt die Funktionalisierung der Universitäten für die Wirtschaft. Und in der dritten Phase, die mit dem Rektorat von Tapia Fallk zusammenfällt, bedeutet "Entpolitisierung" sein genaues Gegenteil, nämlich den Ausschluß aller bürgerlich-demokratischen Konservativen mit dem Ziel, die Universitäten in Richtung auf eine Kaderschmiede des klassischen Faschismus zu repolitisieren. Der Rücktritt von Tapia Fallk signalisiert, daß diese militant-faschistische Variante vorerst - jedenfalls in reiner Form - gescheitert ist.

Betrachten wir diese drei Phasen etwas genauer:

In Chile gibt es acht Universitäten (die Prozentzahlen geben ihren ungefähren Anteil an der gesamten Studentenschaft des Landes an):

Universidad de Chile (Santiago)	48 %
Universidad Técnica del Estado (Santiago)	18 %
Universidad Católica de Chile (Santiago)	12 %
Universidad de Concepción	9 %
Universidad Católica de Valparaíso	7 %
Universidad del Norte (Antofagasta)	3 %
Universidad Austral de Chile (Valdivia)	2 %
Universidad Técnica Federico Santa María (Valparaíso)	1 %

Die letzten sechs werden bisweilen als "private" Universitäten bezeichnet, weil ihr formaler Träger nicht der chilenische Staat ist. De facto sind sie jedoch heute ebenfalls staatliche Universitäten, da sie 1.) von staatlicher Anerkennung und 2.) von staatlicher Finanzierung abhängen und 3.) seit dem Putsch militärischen Staatskommissaren unterstellt sind.

Die universitären Einrichtungen finden sich nicht nur am jeweiligen Hauptsitz, sondern die größeren Universitäten unterhalten eine Reihe von Abteilungen (sedes), die über das ganze Land verstreut sind. Insgesamt verteilen sich die 8 Universitäten auf 64 "sedes", an denen 1973 ca. 125000 Studenten eingeschrieben waren.

Die soziale Entwicklung Chiles in den 60er Jahren, die ihren politischen Ausdruck in der reformistischen Regierung Frei fand, machte auch vor den Universitäten nicht halt: 1967 fand in Chile eine Universitätsreform statt, bei der die hierarchische Machtvollkommenheit von Rektoren, Dekanen und Lehrstuhlinhabern abgeschafft wurde zugunsten drittelparitätischer Entscheidungsgremien. Gleichzeitig wurde der Zugang zur Universität erleichtert und ein differenziertes System von kombinierbaren Studiengängen geschaffen, wobei besonders Zugänge über den "zweiten Bildungsweg" und kürzere Studiengänge auf Fachhochschulebene angeboten wurden.

Dieser Trend zu einer an den Bedürfnissen des Landes orientierten und auch den Kindern der unteren Bevölkerungsschichten zugänglichen Universität wurde in den Jahren der Regierungszeit der UP fortgesetzt und vertieft.

I. PHASE: DIE SÄUBERUNG

Dies mußte auf den Widerstand der chilenischen Rechten stoßen und dazu führen, daß auch in den Universitäten scharfe soziale Konflikte ausgetragen wurden. Die Christdemokraten, die Anhänger der Nationalen Partei, unabhängige Konservative und Mitglieder der faschistischen Organisation "Patria y Libertad" vereinigten sich in einem "Frente Universitario", der in der Universidad de Chile (im Gegensatz zur Universidad Técnica) die Mehrheit behielt und eine wichtige Funktion in der Opposition gegen Allende wahrnahm.

Unmittelbar nach dem Putsch sind es vor allem die Aktivisten dieses "Frente Universitario", die alle Anhänger der Allende-Regierung denunzieren und aus der Universität verdrängen. Die Verfolgung der akademischen Linken in dieser ersten Zeit ist vor allem durch die Kontinentale Lateinamerikanische Studentenorganisation OCLAE genau dokumentiert worden und braucht hier nicht nochmal dargestellt zu werden (siehe die Sondernummer der Revista OCLAE No.8,1975; vgl.auch CHILE-NACHRICHTEN 13, 15, 21 und 27). Als Hinweis genügen folgende Zahlen aus dieser Dokumentation, die lediglich gesicherte und beweisbare Fälle umfassen und daher sicher unter den wirklichen Zahlen liegen:

	Wissenschaftl. Personal	Studenten	Nicht-wiss. Personal
entlassen/ relegiert	2601	15 039	188
verhaftet	60	198	1
erschossen/ verschwunden	14	42	10

Auch nach der Einsetzung von Militärs als kommissarische Rektoren behielt der Frente Universitario entscheidenden Einfluß, da er praktisch die Gesamtheit der Vize-Rektoren und Dekane stellte. Für ihn bestand der Putsch in den Universitäten darin, die uneingeschränkte Kontrolle in allen Gremien zu übernehmen und die durch Vertreibung und Verhaftung der Linken entstandenen Vakanzen durch eigene Leute zu füllen. Im ersten Jahr nach dem Putsch strömten daher in Mengen rechte Studenten und Wissenschaftler in die Universitäten, in ihrer Mehrzahl Angehörige oder Sympathisanten der Christdemokratie.

2. PHASE : DIE FUNKTIONALISIERUNG

Schrittweise nahmen aber die Militär-Kommissare die "Entpolitisierung" in die eigene Hand und begannen, auch"gemäßigte"Unabhängige und Liberale zu entlassen. Bald zeigte sich, daß dahinter nicht nur eine graduelle Verschärfung der Repression, sondern eine andere Konzeption der Universität stand: Für die Militärs ging es nicht darum, die freien Stellen und die akademischen Gremien mit rechten Akademikern zu füllen, sondern überhaupt die Gremien-Universität als eigenständige, selbstverwaltete gesellschaftliche Institution abzuschaffen. An die Stelle gesellschaftlicher Reflektion und Kommunikation sollte die Produktion von verwertbaren Technokraten treten. Die Universitäten sollten in streng hierarchisch gegliederte Produktionsstätten von bourgeoiser Intelligenz umfunktioniert werden.

Alles, was nicht unmittelbar der Ausbildung der Fähigsten für den Konkurrenzkampf diente, war damit überflüssiger Ballast. Die Rektoren begannen zu streichen. Was während des Jahres 1975 noch eine unkoordinierte Praxis war, wurde Ende 1975 mit der Vorlage des Haushaltsplans für 1976 zur offiziellen Politik:

"Um die Universitäten den Realitäten des Landes anzupassen" (Erziehungsminister Troncoso) wurde der gesamte Ansatz für Universitäten um 10 % gekürzt. Das bedeutete: Drastische Reduzierung des Personals, Verminderung der Studienplätze, Schließungen von Studiengängen und Instituten.

Parallel zu diesen Einsparungen sollten die Einnahmen erhöht werden, vor allem durch eine rücksichtslose Erhöhung der Einschreibegebühren. Die Einschreibung kostete im Jahr 1976:

in der Universidad de Chile:	800 pesos
Universidad Católica:	1000 pesos
Universidad de Valparaíso:	2500 pesos

Bedenkt man, daß ein mittlerer Angestellter heute etwa 800 pesos verdient und davon 80 % für Nahrungsmittel ausgeben muß, wird leicht einsichtig, daß auch mit dem großzügig angebotenen Ratenplan Kinder aus Mittelschichten diese Einschreibegebühren nicht mehr bezahlen können, von Arbeiterkindern ganz zu schweigen. Schon durch diese Gebührenfestsetzung ist die chilenische Universität der Oberschicht vorbehalten.

Dieser Finanzplan bedeutete praktisch eine Übertragung des Manchester-Liberalismus von Finanzminister Cauas und seinen Chicago Boys auf den Bereich der Erziehung: Die Universität sollte sich in ein Handelsunternehmen verwandeln, das mit der Ware "Ausbildung" handelt. Auch Bildung sollte in Zukunft ein Monopol sein und der Plutokratie vorbehalten bleiben.

Ein Café der chilenischen Oberschicht in Santiago 1976

Das war selbst der akademischen Rechten zuviel: Der Prorektor der Universität von Chile und ehemalige Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultär Prof. D'Etigny - eine der prominentesten Figuren der Opposition gegen Allende - Protestierte, ein solcher Plan bedeutet für die Universidad de Chile ein Verminderung um 6000 Studienplätze. Von den einzusparenden 56 Millionen Pesos würden der Universidad de Chile allein 48 Millionen aufgebürdet, was für diese Uni eine Kürzung um 17,6 % bedeute.

Mehrere Professoren protestierten in Leserbriefen an den"Mercurio" und an "Que pasa" gegen diese Funktionalisierung und Aushöhlung der akademischen Institution. Der "Mercurio" selbst mahnte in einem Leitartikel am 28.12.: "Eine breite Entfaltung des klassischen menschlichen Denkens ist unerläßlich, wenn man nicht in den Widersinn verfallen will, höhere intellektuelle Funktionen in den Händen von Marxisten und Philomarxisten zu lassen, während sich die angeblichen 'Anti-Materialisten' in der Praxis dem Materialismus hingeben und genau jenen Typ von Gesellschaft fabrizieron, die gegenüber dem Kommunismus wehrlos ist."

Der Widerstand gegen den Sparplan und seine Konzeption nahmen zeitweilig den Charakter einer wahren Kampagne (für heutige chilenische Verhältnisse) an. Nicht zufällig: Die Opposition gegen die Austrocknung der Universitäten war ein Teil der Offensive der Christdemokraten, die während der zweiten Hälfte 1975 versuchten, General Arellano Stark als Al ernative zu Pinochet aufzubauen oder mindestens Einfluß auf die Junta zu gewinnen. Höhepunkt dieser Kampagne war damals die Veröffentlichung des Buchs von Frei (siehe CHILE-NACHRICHTEN Nr. 33 - 35) und die Kritik einiger Generäle an der Wirtschaftspolitik der Junta.

3. PHASE: DIE REPOLITISIERUNG

Mit dem Abschied von Arellano Stark und der übrigen unzufriedenen Generäle scheiterte diese Offensive der Christdemokraten. Offenbar erhielt nun der faschistische Flügel der Streitkräfte, innerhalb der Junta verkörpert durch die Luftwaffe unter Leigh, als Gegenleistung für seine Unterstützung gegen die "christdemokratischen" Generäle freie Hand für die Umgestaltung der Universitäten nach seinen Vorstellungen.

Auf dem Gebiet der Universitätspolitik wurde die Gegenoffensive eingeleitet durch Artikel von Pablo Rodríguez, des Mitbegründers von "Patria y Libertad", der gegen die zu lasche Amtsführung des kommissarischen Rektors Rodríguez Pulgar polemisierte und von seinem Lehrstuhl der Jurisprudenz zurücktrat aus Protest dagegen, daß die "kommunistische Verseuchung keineswegs beseitigt sei.

Pablo Rodríguez

Am 27.12. erließ der Erziehungsminister General Troncoso ein Dekret, durch das er den Vorsitz des Rektorenrats übernahm. Traditionsgemäß hatte der Rektor der Universidad de Chile dieses Amt inne, und dieses Brauch war von den Staatskommissaren fortgesetzt worden. Dieser letzte Schein von Universitätsautonomie wurde nun beseitigt, indem der Rektorenrat direkt dem Erziehungsminister unterstellt wurde.

Am letzten Tag des Jahres 1975 erfuhr die Öffentlichkeit, daß der Luftwaffenoberst Julio Tapia Fallk zum neuen Rektor der Universidad de Chile ernannt worden war - und hörte damit zum ersten Mal vom Rücktritt des bisherigen Rektors Rodríguez Pulgar. Die erste Maßnahme des neuen Rektors war ein ultimatives Rücktrittsverlangen, gerichtet an etwa 300 Amtsträger der Hochschule, darunter Vize-Rektoren, Abteilungsleiter, Faultätssekretäre. Aufgrund dieses Schreibens wurden nicht etwa liberale oder regime-feindliche Funktionsträger entlassen - die waren längste "Hinausgesäubert" - sondern durchweg junta-treue Reaktionäre, darunter ein um den Putsch so verdienter Mann wie der Prorektor D'Etigny, der es gewagt hatte, gegen den Streichplan zu protestieren.

Die Vorgeschichte Tapias ist so vielsagend wie ein Programm: Er war Rechtsberater der Junta gewesen und in dieser Funktion vor allem als Staatsanwalt in dem Kriegsgerichts-Prozeß gegen die verfassungstreuen Luftwaffenoffiziere im Jahr 1974 aufgetreten, wo er unter Verletzung sämtlicher Gesetze des Rechts und der Logik Terrorurteile forderte. Außerdem war er Dozent an der Luftwaffen-Akademie, einem der schlimmsten Folterzentren von Chile. Schließlich ist er als aktives Mitglied des Opus Dei bekannt, dem brain trust des chilenischen Faschismus.

Mit Tapia Fallk war ein Vertreter des Klerikal-Korporativismus an die Spitze der Universität gelangt. Für diese Strömung hat die Universität durchaus keine technokratisch-apolitische Funktion: Es geht vielmehr darum, in aggressiv-missionarischer Form ihre Vorstellungen einer hierarchischen "Ordnung" durchzusetzen. Sie versteht die Universität als einen Ort zur Erziehung "geistiger",nicht ökonomischer Eliten.

Blieb aber zunächst als gemeinsamer Nenner eben die Eingrenzung der Universität auf Eliten, und damit war der Scharfmacher Tapia Fallk genau der richtige Mann, den Streichplan durchzusetzen...

(Fortsetzung in der nächsten Nummer)

Der klassische Faschismus: Rektor Tapia Fallk und General Leigh.

.. UND DIE BRD KOOPERIERT

Trotz heftiger Proteste unterhält die BRD weiterhin Hoschulpartnerschaften mit Chile. Weder die zunehmende Faschisierung der chilenischen Universitäten (siehe dazu Artikel in diesem um Fortsetzung im nächsten Heft) noch die Tatsache, daß ihre früheren Verhandlungspartner heute z.T. in KZs sitzen, kann die zuständigen Beamten der deutschen "Entwicklungshilfe" und die westdeutschen Herren Akademiker davon abhalten, ihre lukrativen Projekte weiter zu verfolgen. So hat die Universität Aachen trotz Mobilisierung der Studentenschaft und trotz ausgiebiger Information ihren Partnerschaftsvertrag mit der Universität von Valparaíso verlängert.

Diese Projekte sind im einzelnen die Folgenden:

1.) Hochschulpartenrschaft Göttingen - Valdivia

Es handelt sich um ein fortwirtschaftliches Projekt in Valdivia. Projektleiter ist Dipl. Holzwirt Rüdiger Albin, zuständiger Partnerschaftsbeauftragter in der BRD Prof.Bonnemann.

Das Projekt wurde 1974 mit DM 207 022 DM gefördert. Nach dem Putsch wurde mit westdeutscher Finanzierung ein Institut für industrielle Holzverwertung errichtet. Ab 1975 soll einer Forschungspartnerschaft anlaufen.

2.) Hochschulpartnerschaft Münster - Universidad Católica

Hier geht es um des Ausbau des Instituts für Genossenschaftswesen. Projektleiter ist Prof. Böttcher von der Universität Münster (siehe CHILE-NACHRICHTEN Nr. 25).

Das Projekt erhielt 1974 DM 187107 DM. In der Beschreibung heißt es: "Die Zusammenarbeit konnte auch noch nach den politischen Veränderungen in Chile fortgesetzt werden und endete im August 1974. Das Stipendienprogramm wird 1975 zu Ende gehen."

3.) Hochschulpartnerschaft Aachen - Valparaíso

Leiter dieses Maschinenbau-Projekts ist Dr. Karl-H.Kambartel vor Ort und Prof. A.Beckers in Aachen. Der deutsche Steuerzahler wurde 1974 für dieses Projekt mit 795.882 DM zur Kasse gebeten. "Eine Weiterführung über die jetzige Laufzeit hinaus erscheint notwendig, um die bisherigen Investitionen nicht zum Scheitern zu verurteilen."

4.) Hochschulpartnerschaft Marburg/Mainz - Concepción

Hier soll mit westdeutschen Geldern eine Abteilung für Makromolekulare Chemie aufgebaut werden. Projektleiter sind Prof. Gerhard Walter und Prof. Ringsdorf. 1974 wurden für das Projekt, "das sich auch in der Industrie des Landes einen guten Ruf schaffen konnte", DM 259 360.- DM aufgebracht.

In einem Offenen Brief schreibt dazu der VDS-Vorstand: "31 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland, angesichts neofaschistischer Tendenzen halten wir es für selbstverständliche Verpflichtung, die 800 000 Studenten der Bundesrepublik, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, mit wem konservative Kräfte in der Bundesrepublik partnerschaftliche Beziehungen pflegen wollen."

DOKUMENTE

PS: Antwort auf das "Trojanische Pferd"

Im Mai 1976 veröffentlichte die Sozialistische Partei Chiles ein Dokument von 38 Seiten mit dem Titel "Eine notwendige Klarstellung", das im ersten Teil eine Darstellung der Partei seit ihrer Gründung ist, während es im zweiten Teil sich mit dem Dokument der Kommunistischen Partei "Die Ultralinke, Trojanisches Pferd des Imperialismus" (siehe CHILE-NACHRICHTEN 36) auseinandersetzt.

Obwohl das von Adonis Sepúlveda verfaßte Dokument innerhalb der Sozialistischen Partei umstritten ist, kann es als offizielle Antwort der Partei auf das "Trojanische Pferd" angesehen werden.

Das Dokument geht nur auf die Vorwürfe des "Trojanischen Pferdes" gegen die "Ultralinke" ein, die die Zeit vor dem Putsch betreffen und implizit auch gegen den"linken"Flügel der Sozialistischen Partei gerichtet sind. Zu den Fragen der gegenwärtigen Strategie und Taktik des Kampfes gegen die Militärdiktatur, die im "Trojanischen Pferd" den Hauptinhalt ausmachen, wird keine Stellungnahme abgegeben.

Das Dokument befaßt sich mit folgenden Punkten:

1. die Argumentation, die Ultralinke habe eine Isolierung der Arbeiterklasse in der Endphase der UP verschuldet und sei damit hauptverantwortlich für das politische Scheitern des Prozesses;
2. die Frage der "Einheitlichen Führung" innerhalb der Unidad Popular, deren Nichtzustandekommen die Durchsetzung eines einheitlichen strategischen und taktischen Vorgehens verhindert und damit ebenfalls zum Scheitern beigetragen habe;
3. die Frage der angemessenen Strategie zur Entscheidung der Machtfrage für die Regierung der Unidad Popular.

Handelt es sich also nur um einen weiteren Beitrag zur "Vergangenheitsbewältigung" innerhalb der chilenischen Linken, so spiegelt es doch die Spannbreite der gegenwärtigen ideologischen Diskussion wider und damit die unterschiedlichen Ausgangspunkte im ideologischen Klärungsprozess für ein antifaschistisches Bündnis.

Wir bringen deshalb im Folgenden einige Auszüge aus dem Dokument.

1. Zur Frage der Isolierung der Arbeiterklasse

"Das zitierte Dokument der Kommunistischen Partei stellt mehrere weitreichende Behauptungen auf. Zunächst stellt es als offenkundige Tatsache hin, die Niederlage sei durch die angebliche Isolierung der Arbeiterklasse hervorgerufen worden, und später, diese Isolierung sei die Hauptursache für die Niederlage gewesen. Wie es scheint, haben diese Einschätzungen den Charakter eines Axioms, da keine Analyse geliefert wird, die ihre Objektivität nachweisen würde. Wir Sozialisten stimmen nicht überein mit dieser Auffassung und wir werden im folgenden unseren Standpunkt begründen.

Aber vorher wollen wir mal davon ausgehen, es sei zu dieser Isolierung der Arbeiterklasse gekommen, und da fragen wir uns erstens: war das die Ursache für die Niederlage ? und zweitens: wurde diese angebliche Niederlage vom kleinbürgerlichen Revoluzzertum provoziert ?" ...

"Das komplexe Bild, das jede Revolution abgibt, führt dazu, daß nicht nur in der Partei der Avantgarde, sondern an der breiten und komplexen Front der Revolution Positionen von der extremen Linken bis hin zu den gemäßigteren und konservativeren auftauchen.

Am überspanntesten sind jene Voreiligen, die politische Zwischenfälle abseits von der Hauptlinie des proletarischen Denkens provozieren. Aber so alarmierend auch die Vorfälle sind, die die Ultralinke verursacht, es ist nur ein Überschwappen des strömenden Flusses der Wasser der Revolution. Was der Klassenfeind wirklich fürchtet, ist die tiefe soziale Strömung, die sein ganzes System zu zerstören droht. Das sagen wir nicht, um die Ultralinke zu rechtfertigen, sondern um den Grad der Wichtigkeit zu bestimmen, den ihre Aktionen für den gesellschaftlichen Prozess hatten." ...

"Wir stellen fest, daß es keine 'Isolierung' der Arbeiterklasse gegeben hat und wir weisen die Behauptung zurück, eine solche 'Isolierung' sei ein entscheidender Grund für die Niederlage gewesen. Der MIR erhielt 2 Prozent bei den Wahlen der Führung der CUT (Nationaler Gewerkschaftsbund.d.Red.), gegenüber 56 Prozent für Sozialisten und Kommunisten. Insgesamt erhielten die Kräfte der Unidad Popular dort über 65 Prozent der direkten Stimmen der organisierten Arbeiter. Wen fürchten der Imperialismus und die Bourgeoisie? Die 2 oder 3 Prozent, die die Ultralinke kontrolliert, die außerhalb der Volksallianz steht, oder die 65 Prozent, die von den Arbeiterparteien angeführt werden, die die Schalthebel der Regierung in Händen haben? Wenn wir annehmen, daß die kleinbürgerliche Position, die über 2 Prozent der Arbeiterklasse verfügte, die Isolierung der Arbeiterklasse verschuldete, müßten wir konsequenterweise die Unfähigkeit der Arbeiterparteien und der Unidad Popular zugeben, die Volksbewegung anzuführen. Wir wären dann einer doppelten Unfähigkeit schuldig: der Unfähigkeit, das über das Ziel Hinausschießen der 2 Prozent zu verhindern und der Unfähigkeit, zu führen und unsere machtvollen Kräfte mit dem Ziel zu entwickeln, dem Feind eine Niederlage zu bereiten und die Machtfrage zu entscheiden.

In den Wahlen, die nur einen Teilausschnitt der gesellschaftlichen Wirklichkeit wiedergeben, erhielten wir 51 Prozent im April 1971, die im März 1973 auf 44 Prozent zurückgingen. Aber was war der qualitative Wert dieser Kräfte ? Wir gehen davon aus, daß die 44 Prozent eine qualitativ größere Stärke darstellten, als die 51 Prozent von 1971. Diese bedeuteten die Unterstützung für den Sieger, jene waren die Arbeitermassen mit einer außerordentlich bewußten Bereitschaft zur Übernahme aller von der Machtergreifung geforderten Verantwortung." ...

"Nur eine Masse mit hohem revolutionären Bewußtsein konnte im März 1973 für ihre Regierung stimmen, als Mangel an Brot, Milch, Fleisch, Kaffee und anderen notwendigen Konsumgütern herrschte. Die Mehrheit des Volkes wußte, daß die Versorgungsmängel künstlich von seinen Klassenfeinden hervorgerufen worden und gegen sie gerichtet waren und forderte das ganze Gewicht der Autorität. Man rief nach Sanktionen, nach der harten Hand." ...

"Nein, die Arbeiterklasse war nicht isoliert. Wir, die Unidad Popular, waren entfernt von einer Politik der Verteidigung der Revolution. Und darüber gibt es nur sehr wenig Selbstkritik."

2. Zur Frage der "Einheitlichen Führung"

"Es wurde darüberhinaus erklärt, eine weitere Ursache für die Niederlage sei das Fehlen einer 'Einheitlichen Führung' gewesen.

Wir sind der Meinung, daß dies auf schönfärberische Weise ernste politische Verantwortung vertuscht.

Nehmen wir mal an, es hätte eine einzige Führung gegeben oder gar die Einheitspartei der Revolution.

Wenn diese einheitliche Führung dasselbe wie wir getan hätte, nämlich anzustreben, die Revolution durch die Unterordnung unter die legalen Mechanismen der Bourgeoisie zu machen, auf den 'Patriotismus' und das Stillhalten der Streitkräfte zu vertrauen, sich nicht auf die Verteidigung der Revolution vorzubereiten, nicht die Volksmacht zu stärken, kurz: nicht über eine Strategie und die wirkliche Bereitschaft zu verfügen, die Macht voll zu übernehmen, dann wären wir zu demselben Ergebnis gekommen.

Wenn dagegen diese hypothetische Einheitsführung über eine Machtstrategie verfügt hätte, wenn sie davon ausgegangen wäre, daß der Feind auf keinen Fall die Errichtung einer neuen Regierung akzeptieren würde und daß er unvermeidlich auf die gewaltsame Konterrevolution zurückgreifen würde, dann hätten wir versucht, darauf vorbereitet zu sein, um von der maximalen Ausnutzung der legalen Macht zum Aufbau einer legitimen Macht zur Verteidigung des Prozesses überzugehen. Wir hätten den qualitativen Sprung vorbereitet, der gerechtfertigt war durch die täglichen subversiven Aktionen der anwachsenden konterrevolutionären Front. Diese letztere Annahme wäre jedoch auch bei einer Mehrparteien-Führung möglich gewesen. Das Problem lag darin, die Zustimmung der Mitglieder der Unidad Popular und ihrer Hauptträger zu einer solchen Strategie zu erhalten. Und das ist leider nicht erfolgt. In der Unidad Popular gab es keine Übereinstimmung für den Entwurf einer Strategie zur Lösung der Machtfrage.

Wir können 'einheitliche Führung' nicht mit richtiger Führung verwechseln. Man kann eine einheitliche Führung haben und trotzdem eine falsche Perspektive entwickeln. Es kann eine Mehrparteien-Führung geben, die sich über eine richtige Linie einigt." ...

"Letztendlich rührt das Problem des Fehlens einer einheitlichen Orientierung her von der Existenz zweier unterschiedlicher Strategien für den Revolutionsprozess im Rahmen der Unidad Popular. Es gab strategische und sekundäre Irrtümer. Man muß feststellen, welche die ersteren und welche die zweiten waren und wer in der Unidad Popular die einen und die anderen begangen hat."

3. Die Grundfrage: die Macht

Die Grundfrage war das Problem der Macht. Wir hatten die Regierungsgewalt durch Wahlen erobert, ohne die absolute Mehrheit und es stellte sich uns die Aufgabe, die Massen und die ganze Macht zu gewinnen." ...

"Wenn man die Verantwortung für den Verlauf des Prozesses, den die Unidad Popular anführte, präzisieren will, muß man die Positionen jeder der beteiligten Parteien zum Grundproblem abgrenzen: dem Problem der Macht und der Verteidigung der Revolution. Feststellen: wer war der Ansicht, die Konfrontation sei unvermeidlich und deshalb müsse man sich auf die Verteidigung der Revolution vorbereiten ? Wer war dafür, bei der Verteidigung der Revolution, wenn nötig, die Initiative zu ergreifen ? Wer war dafür, den Prozess irreversibel zu machen ? Wer war für die Entwicklung der Volksmacht zur Verteidigung der Regierung ?

Hinsichtlich dieser Kardinalfragen der Revolution muß die Sozialistische Partei sich vorwerfen, daß es ihr nicht gelungen und daß sie nicht in der Lage war, diese zur gemeinsamen Perspektive der ganzen Unidad Popular zu machen.

Die von der Unidad Popular entworfenen Ziele waren demokratisch und sozialistisch. Obwohl letztere im Programm stehen, wurde üblicherweise behauptet, die Ziele seien nur demokratisch (antiimperialistisch, antimonopolistisch, antiologarchisch). Wir betonen, daß diese Behauptung weder dem Buchstaben noch dem Inhalt des Programms entspricht, denn gerade die Sozialistische Partei verlangte, daß die sozialistischen Ziele als Aufgabe der Volksregierung ins Programm aufgenommen würden." ...

"Gegenüber diesen Problemen (der anwachsenden Konterrevolution. d.Red.) bilden sich im Rahmen der Unidad Popular zwei Hauptlinien heraus, um die herum eine oder mehrere Varianten entstehen, die sich davon nicht grundsätzlich unterscheiden. Die eine glaubt an den friedlichen Übergang zum Sozialismus, an die Akkumulation der sozialen Kräfte, um eine Mehrheit zu erreichen, die die Verwirklichung (des Programmes.d.Red.) sichern würde, die nächsten Präsidentschaftswahlen (die für 1976 anstanden) zu gewinnen und die Veränderungen durch demokratische Mechanismen fortzuführen. Die andere vertritt den Standpunkt, daß die Gesetze des Klassenkampfes sich in letzter Instanz unvermeidlich auf bewaffnetem Wege durchsetzen, was dazu führt, daß in dem Maße, wie wir mit unserem Programm konsequent sein würden, der Klassenfeind die Formen und den günstigen Augenblick zur Entfesselung der Konterrevolution suchen würde. Daher war es notwendig, gleichzeitig mit der Vertiefung des Prozesses und der Irreversibilität seines Charakters die Bedingungen für die Verteidigung der Revolution zu schaffen und voranzutreiben. Das erforderte die Durchbrechung der legalen Mechanismen - die die Reaktion systematisch verletzte -, und einen qualitativen Sprung, der uns die totale Machtergreifung erlaubt hätte." ...

TAGUNG DER UNIDAD POPULAR IN MEXIKO

Clodomiro Almeyda

Ende April haben sich in Oaxtepec/Mexiko Vertreter der Parteien der Unidad Popular für mehrere Tage zu politischen Diskussionen getroffen. Es wurde beschlossen, die einheitliche Organisation im Ausland auf allen Ebenen zu festigen und Clodomiro Almeyda, den ehemaligen Außenminister der Regierung Allende, zum Exekutivsekretär der Unidad Popular zu ernennen. Außerdem wurde ein politisches Programm ausgearbeitet, das aber vor der Veröffentlichung noch in der Führung jeder einzelnen Partei diskutiert werden soll.

CHILE-LATEINAMERIKA

Argentinien

Die Argentinien-Berichterstattung der Chilenachrichten führt mit dieser Ausgabe Nr.38 als eine ständige Rubrik die CHRONIK DER EREIGNISSE ein. Der Informationsfluß aus Argentinien ist noch nicht so umfassend, daß wir in der Lage wären, eine Gesamtdarstellung etwa des Widerstandes gegen das Militärregime (Streikbewegungen, bewaffnete Aktionen etc.) zu bringen. Von daher muß die diesmalige CHRONIK DER EREIGNISSE notwendigerweise unvollständig bleiben.

CHRONIK DER EREIGNISSE APRIL - MAI 1976

April

1. Mit dem Gesetz Nr. 21.276 wird das Universitätsgesetz von Anfang 1974 außer Kraft gesetzt. Das bedeutet für die Studentenschaft: Abschaffung der Mitbestimmungsrechte an der Universitätsverwaltung.

- Zum Oberbürgermeister von Buenos Aires ist Luftwaffengeneral Osvalde Cacciatore ernannt worden.

- Eine Guerrilla-Organisation erschießt in Lomas de Zamora einen hohen Offizier der Bundespolizei und seinen Fahrer.

2. Wirtschaftsminister Martinez de Hoz erläutert das neue Wirtschaftsprogramm der Militärregierung: Entlassungen in der öffentlichen Verwaltung, Suspendierung von Lohnverhandlungen, die Lohnerhöhungen werden vom Staat festgelegt, Aufhebung der Preiskontrollen außer für Arzneimittel, Erhöhung der Kraftstoff- (30 %), Gas- und Strompreise, Änderung des Steuergesetzes, Abwertung des Peso, Aufhebung der Verstaatlichung der Bankdepositen und des Handelsmonopols für Getreide des staatlichen Nationalen Getreiderates (Junta Nacional de Granos). Das Gesetz über ausländische Investitionen soll zugunsten des ausländischen Kapitals verändert werden, Rechtsstreitigkeiten mit ausländischen Firmen (u.a. Siemens) werden eingestellt, einige staatliche Betriebe sollen reprivatisiert werden.

- In Buenos Aires werden die durch Dynamit zerfetzten Leichen von 2 jungen Männern gefunden.

- Bei einem Angriff auf die Compania de Telefonos in Tucumán erschießen Guerrilleros des ERP einen Polizisten.

- Die Organisation Montoneros greift in Buenos Aires ein Polizeikommissariat an. Von derselben Organisation wird der Chef des Sanitätsdienstes des Frauengefängnisses von La Plata getötet.

- Streitkräfte besetzen die Filiale des größten spanischsprachigen Verlags des Kontinents, SIGLO XXI, konfiszieren die Bücher und verhaften die beiden Mitherausgeber Alberto Diaz und Jorge Tula, sowie den Verlagsdirektor Francisco Arica.

3. Preiserhöhungen der öffentlichen Hand: der Liter Benzin kostet 36 - 40 Pesos, die Mindestfahrkarte im öffentlichen Busverkehr 10 Pesos, die Eisenbahn erhöht um 10 %, Strom- und Gaspreise steigen um 10 % bzw. 9 %.

- 15 Leichen werden in der Hauptstadt und Groß Buenos Aires gefunden.

- Der Militärchef der Provinz La Pampa ordnet die Schließung der Zeitung LA ARENA für drei Tage an. Die Zeitung hatte die Verhaftung von ca.100 Personen kommentiert und damit "gegen die Ehre der Streitkräfte verstoßen". Der Chefredakteur Raul Santesteban muß 20 Tage Arrest absitzen. LA ARENA ist die dritte seit dem Putsch sanktionierte Zeitung. Am 26. März wurde EL INTRANSIGENTE aus Salta wegen einer "beleidigenden" Karikatur für einen Tag geschlossen; am 28.3. LA MAÑANA aus Entre Rios, weil sie die "Gemüter aufgestachelt hatte, während gegenwärtig Ruhe und Ordnung unerläßlich sind". Der Direktor der Zeitung LA CAPITAL aus La Pampa, Nicoletti, befindet sich weiterhin im Gefängnis.

4. An verschiedenen Stellen der Hauptstadt und Groß Buenos Aires werden sieben Leichen gefunden.

- Eine Guerrillaorganisation erschießt einen Sergeanten der Bundespolizei in Buenos Aires.

- In Comodoro Rivadavia tritt ein Kriegsrat zusammen, um 6 Gewerkschafter und 1 Ex-Funktionär wegen Waffenbesitz zu verurteilen. Damit werden die Kriegsräte zu einer ständigen Einrichtung in den Provinzen. Bekannt geworden sind Kriegsgerichtsverfahren in Mendoza, Cordoba und Salta.

- Zu einem offiziellen Besuch Argentiniens trifft der Marineminister Brasiliens, Admiral Geraldo Azeredo Henning, ein.

5. Nach einem Bericht des Nationalen Instituts für Statistik erhöhten sich die Lebenshaltungskosten im März um 38 %.

- 22 Bundesrichter werden entlassen.

- Eine Guerrillaeinheit der Montoneros verletzt bei einem Angriff auf die Schutzwache vor dem Kongreßgebäude einen Unteroffizier.

- In Tucuman wird ein Polizist von Guerrilleros des ERP erschossen.

- Erneut sind Leichen von drei Terroropfern der Polizei in Buenos Aires gefunden worden.

- In Santos Lugares (Prov.Buenos Aires) wird die Agentin der Bundespolizei, Mirta Rosalia Gomez, von einer Guerrillagruppe entwaffnet und erschossen.

6. Der scheidende Oberkommandierende der US-Streitkräfte Süd-Atlantik, George Ellis, und sein Nachfolger, Admiral James Sagerholm, treffen sich mit dem Oberkommandierenden der Marine, Admiral Emilio Massera.

- Die Zeitung EL INDEPENDIENTE in La Rioja wird für 3 Tage geschlossen, weil sie in "tendenziöser Weise das Bild der Institution Streitkräfte verzerrte". Wegen der Veröffentlichung einer Fotografie, "die im Gegensatz zu den Ordnungs- und Friedensmaßnahmen" der Streitkräfte steht, wird der Direktor der Zeitung EL SOL scharf gerügt.

- Die Armee gibt bekannt, daß bei einem Zusammenstoß mit Guerrilla-Einheiten in Tucuman am 3.4. zwei Guerrilleros erschossen wurden.

- Die Organisation Montoneros setzt in Rosario ein Luxushotel in Brand.

7. General Iberico Saint Jean ist zum neuen Gouverneur von Buenos Aires, General Carlos B. Chasseing zum neuen Gouverneur von Cordoba ernannt worden.

- Die Zeitung CRONICA aus Comodoro Rivadavia wird für 3 Tage verboten. Sie veröffentlichte ein Interview mit der Mutter eines vom Kriegsgericht des Ortes verurteilten jungen Gewerkschafters.

- Nach einer Presseerklärung der Armee wurden in Cordoba 3 "Guerrilleros" und in Tucuman 2 "Guerrilleros" erschossen.

- In Buenos Aires werden 5 Terroropfer der Polizei gefunden.

8. Der brasilianische Marineminister und die US-Admirale Sagerholm und Ellis besprechen mit dem Chef der Seeoperationen Vizeadmiral Luis Maria Mendia das gemeinsame Seemanöver UNITAS XVII.

- Der im September 1974 von Isabel Peron entlassene Minister für Erziehung, Jorge Taiana, ist verhaftet worden.

- Luftwaffenbrigadier Jesus Orlando Capellini wird zum Direktor der Luftwaffenschule und zum Oberkommandierenden der Luftwaffengarnison von Cordoba ernannt. Der Faschist Capellini führte den Putschversuch im Dezember 1975 an.

- In Pilar (Prov.Buenos Aires) werden die Leichen von 4 Terroropfer der Streitkräfte gefunden, nördlich der Hauptstadt werden 3 weitere Terroropfer entdeckt.

- Eine Guerrillaorganisation erschießt in Beccar (Groß Buenos Aires) aus einem fahrenden Auto heraus einen Polizisten.

- In Comodoro Rivadavia verhängt ein Kriegsgericht gegen 7 Mitglieder der Gewerkschaft der Bäckereiarbeiter Haftstrafen zwischen 3 und 10 Jahren.

- Staatschef General Videla legt bei einem Geheimtreffen vor etwa 1.500 Offizieren einen Stufenplan vor. Die erste Etappe, die Vermeidung des "nationalen Zerfalls" sei abgeschlossen. Die zweite Etappe, die wirtschaftliche und politische Neuorganisation, sei in Angriff genommen worden. Zur Zeit gehe es darum, die Institutionen zu festigen.

9. Henry Kissinger teilt dem argentinischen Botschafter in Washington mit, daß er die Absicht hat, in den nächsten Monaten Argentinien zu besuchen.

- Guerrillaorganisationen erschießen in Buenos Aires einen Offizier der Bundespolizei, aus einem fahrenden Auto heraus den Wachsoldaten vor dem Haus eines Industriellen und verletzen in Villa Ballester (Groß Buenos Aires) einen Polizeiagenten.

10. In Villa Mercedes, Prov.San Luis, wird der Rechtsanwalt und Vizepräsident des Partido Intransigente der Provinz, Raimondo Dante Bodo, von Polizeikräften ermordet. Aus Santa Fe wird die Verschleppung von 3 Personen durch die Repressionskräfte gemeldet.

11. Der scheidende Militärinterventor von Cordoba, General Jose Vaquero, hebt in einer Radioansprache die Ziele des "nationalen Reorganisationsprozesses" hervor: Wiederaufrichtung der nationalen Werte (Moral, Eignung und Effizienz), Auslöschung der Subversion und Förderung der Entwicklung "mit dem Ziel, später eine republikanisch-repräsentative und föderale Demokratie einzurichten, die der nationalen Wirklichkeit angepaßt ist".

12. Auf einer Pressekonferenz wiederholt General Videla, daß das Ziel des gegenwärtigen Prozesses eine "repräsentative Demokratie" sei, aber daß bis dahin noch eine "mühsame und lange Zeit verstreichen muß". Er verspricht, in"kürzester Zeit" eine Liste der Gefangenen und Assylierten vorzulegen. Weiterhin erklärt er, daß die Regierung die Unterstützung ziviler Kräfte, die "sich in nationalen Bewegungen organisieren", akzeptieren wird.

- Vor Repräsentanten der 302 führenden Unternehmen des Landes ermahnt Martinez de Hoz die Unternehmer, "einen verantwortlichen Gebrauch der Preisfreiheit zu üben". Die eingefrorenen Preise für medizinische Artikel werden freigesetzt.

- Zwei Mitglieder des ERP erschießen in Tucuman einen Polizeioffizier. Bei einem Schußwechsel zwischen Montoneros und Polizeikräften wird ein Polizeioffizier getötet.

- Die Arbeiter von FIAT Concord/Cordoba treten in den Arbeitskampf (Dienst nach Vorschrift). Am selben Tag werden daraufhin 17 Metallarbeiter verhaftet, die bei der Provinzdelegation des Arbeitsministeriums die Forderungen der Arbeiter vortrugen.

13. Der Bundesrichter Ledesma verfügt die Freilassung der 17 Metallarbeiter, die in "Erfüllung des Gesetzes 21.261"(Streikverbot) verhaftet worden waren. Am folgenden Tag wird diese richterliche Verfügung widerrufen.

- Mehrere Panzer und einige Hundert Soldaten haben auf Bitten der Firmenleitung den Betrieb von General Motors in Buenos Aires besetzt. Arbeiter berichteten, daß die 3.500 Beschäftigten die Arbeit niedergelegt hätten, um gegen die Erhöhung des Arbeitsrythmus und die Verkürzung der Pausen in der Lackiererei zu protestieren. 4 Gewerkschaftsvertreter werden verhaftet.

- Die Arbeiter von Chrysler/Buenos Aires beschließen, die Produktion zu verringern, weil sie unbezahlte Überstunden machen mußten. Der Betriebsdirektor Mister Kemy fordert den Einsatz der Streitkräfte.

- Der Soziologieprofessor und UN-Funktionär Emilio F. Ipola, seine Frau, der Journalist Eduardo Lucio Molina y Vedia und die Schriftsteller Daniel Moyana, Paoleti und Di Benedeto werden von der Polizei entführt.

- In Cordoba wird ein weiteres KZ für politische Gefangene errichtet.

- Zwei Wachsoldaten, die das Haus eines Direktors von Good-year bewachten, werden von den Montoneros erschossen. Eine Guerrilla-Gruppe des ERP erschießt in Avellaneda/Groß Buenos Aires einen Polizisten.

- Der Erziehungsminister verkündet die neue Erziehungspolitik der Regierung: "Disziplin". Einer der Mitarbeiter des Ministers ist Oreste Popescu, der als bekannter Kollaborateur der Nazis in Rumänien in Abwesenheit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde.

- Zum Staatssekretär für Ackerbau im Wirtschaftsministerium ist Jorge Zorreguieta (Mitglied des Direktoriums der Sociedad Rural), für Viehzucht Alberto R. Mihura (bis 1975 Vizepräsident der Confederaciones Rurales), für Landwirtschaft allgemein Alejandro Manuel Estrada (ehemaliger Mitarbeiter des Wirtschaftsministers der letzten Militärdiktaturzeit Carlos Moyano Llerena) ernannt worden.

14. Mister Kemy, Direktor der Firma Chrysler in Argentinien, wird von der Organisation Montoneros hingerichtet. Von derselben Organisation wird der Fregattenkapitän Jose Burgos, ein Soldat und 3 Polizisten erschossen. Eine Guerrilla-Einheit der Montoneros läßt innerhalb des Geländes des I. Armeekorps, Regiment Patricios, im Zentrum der Hauptstadt, explodieren, wobei ein Soldat schwer verletzt wird. Dieselbe Organisation richtet im Raume von Groß Buenos Aires 10 Folterer, darunter 3 hohe Offiziere der Bundespolizei,hin. In der Hauptstadt werden 4 Bombenattentate verübt. Das Pressesekretariat der Regierung erklärt: "die Subversion versuche, das Bild des Chaos, der Unzufriedenheit, der Unsicherheit und Unfähigkeit derjenigen zu verbreiten, die im Lande Ordnung schaffen sollen".

- Vizeadmiral Jorge Anibal Desimone wird Gouverneur von Santa Fe.

- Die Regierung kündigt Entschädigungen zugunsten der US-Banken Eximbank und Morganbank an. Dies bezieht sich auf einen 1972 mit der argentinischen Eisenbahn abgeschlossenen Vertrag. Die Maßnahme begründet sich durch das "große Interesse", auch weiterhin mit diesen Finanzierungsquellen rechnen zu können.

- Aus Mar del Plata und Santa Fe (FIAT Sauce Viejo) werden Streiks gemeldet.

15. In Cordoba wird eine Guerrillera erschossen.

- Guerrillaeinheiten verletzen in Munro/Groß Buenos Aires einen Inspektor der Bundespolizei und verletzen durch einen Bombenanschlag in der Hauptstadt 6 Polizisten. Ein Polizist wird erschossen.

17. In seiner Osteransprache gibt General Videla die Parole aus: "Arbeit und vorübergehender Verzicht."

- In Bernal/Prov.Buenos Aires werden drei "Guerrilleros" erschossen.

18. In einem Leitartikel fordert die Zeitung LA NACION, "daß die Gesamtzahl der Gefangenen bekannt gegeben wird".

19. In Barracas/Buenos Aires wird die Leiche der "Tupamara" Delma Patronilla Suarez de Franchelli aufgefunden.

20. Streik bei Sancor/Cordoba und Militäreinsatz gegen die Arbeiter.

Die Organisation Montoneros erschießt in Cordoba einen Direktor der Firma Sancor. Bei einem Handgranatenangriff derselben Organisation auf eine Polizeipatrouille im Stadtteil Once/Buenos Aires wird ein Guerrillero erschossen.

- Drei Terroropfer der Polizei werden im Fluß Santo Domingo/Prov.Buenos Aires gefunden. Nach einem Kommuniqué des III.Armeekorps in Cordoba wurde ein Guerrillero erschossen.

- Martinez de Hoz kündigt besondere Vergünstigungen zur Förderung der Weizenproduktion an.

22. In einer Rede in Cordoba verspricht General Videla "größte Anstrengungen, um die Subversion zu bekämpfen", und versichert, daß "dieser Kampf äußersten Vorrang behält".

- Angehörige von Zeitungs- und Agenturredaktionen in Buenos Aires berichten, die Medien würden von der Militärregierung gezwungen, nicht über Morde zu berichten, wenn die Opfer zur politischen Linken zählten.

23. 36 Richter sind entlassen worden.

- Alle Sozialinstitutionen sollen von Offizieren geleitet werden.

24. Das Gesetz über Arbeitsverträge wird annulliert (Ley de Contratos de Trabajo).

- Der Militärgouverneur von Buenos Aires erklärt vor Journalisten, daß 62.000 der 170.000 Provinzangestellten überflüssig seien.

- Gemäß einem Erlaß des Pressesekretariats der Regierung "ist es verboten, über subversive Tätigkeiten zu informieren, sich auf diese zu beziehen oder sie zu kommentieren. Das betrifft auch die Auffindung von Leichen subversiver Personen oder Mitglieder der Polizei- und Streitkräfte, außer wenn darüber von verantwortlicher Stelle informiert wird. Das schließt Entführungen und Verschwundene mit ein."

S P E N D E T F Ü R D I E P O L I T I S C H E N
G E F A N G E N E N I N A R G E N T I N I E N !

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108

Kennwort: A R G E N T I N I E N - H I L F E

Argentinien - Koordination Westberlin

25. Die Zeitung LA NACION enthüllt, daß Ricardo Balbin, Präsident der Radikalen Bürgerunion (Union Civica Radical), in einem internen Rundschreiben an die Distriktchefs der Partei die Aufhebung der politischen Aktivitäten durch die Militärjunta akzeptiert, um damit zum "Frieden und zur Einheit der Argentinier beizutragen". (Balbin nahm an der Konferenz der sozialdemokratischen Parteien in Caracas teil).

RICARDO B A L B I N

- Die Zeitung EL INDEPENDIENTE aus La Rioja wird zum zweiten Mal für 24 Stunden verboten. Der Vizedirektor Mario Paoletti, der Chefredakteur Guillermo Alfieri und der Fotograf Plutarco Schaller werden verhaftet.

- Seit Mitte April befinden sich die 1200 Arbeiter der Getränkefabrik Scholnik im Arbeitskampf.

26. Das Oberkommando des Heeres gibt bekannt, daß "subversive Elemente" den Infanterieobersten Abel Hector Elias Cavagnaro töteten.

- Die Regierung erläßt eine Steueramnestie.

27. Zum neuen Interventor des Gewerkschaftsdachverbandes CGT wird Oberst Juan Alberto Pita ernannt. Ihm zur Seite stehen 12 Offiziere.

- Der Staatssekretär für Finanzen, Juan Alemann, gibt bekannt, daß sich das Steuerdefizit im ersten Trimester um 85,3 % erhöhte.

- Der zusammen mit zwei Deutschen und dem chilenischen Wissenschaftler Alberto Hinrichsen in seiner Wohnung verhaftete Schweizer Journalist Luc Banderet wird des Landes verwiesen. Hinrichsen, der schwer gefoltert wurde, bleibt weiterhin in Haft.

28. Der Staatssekretär für Handel, Guillermo Bravo, vergleicht in einer Radio- und Fernsehansprache Argentinien mit einem Patienten, der in "Intensivbehandlung" ist. Bravo gibt zu, daß in den letzten Tagen starke Preiserhöhungen bei lebensnotwendigen Artikeln vorgenommen wurden ("manchmal aufgrund realer Gründe, manchmal nicht"). "Aber jetzt gibt es alles zu kaufen." Er rät, nur das "Notwendigste" einzukaufen.

- Nach einem offiziellen Kommuniqué wurden bei einem "spektakulären Schußwechsel" zwei "Guerrilleros" in Lomas de Zamora/Groß Buenos Aires erschossen.

29. Der Staatssekretär für Bodenschätze, Fernando Puca Prota, kündigt in seinem Bereich eine neue Politik an: das ausländische Kapital wird eingeladen, die Bodenschätze des Landes zu erschließen, da Argentinien dazu nicht das notwendige interne Kapital besitzt.

- Das Kommando des III.Armeekorps in Cordoba läßt auf dem Gelände des Lufttransport-Infanterieregiments Tausende von Büchern und Zeitschriften verbrennen. Nach einer offiziellen Verlautbarung handelt es sich dabei um "verderbliche Dokumente, die unseren Geist und unsere christliche Art zu leben beeinträchtigen". Durch die Verbrennungen werde vermieden, "daß unsere Jugend weiterhin getäuscht wird über das wahre Gut, das unsere nationalen Symbole, unsere Familie, unsere Kirche und unser traditionelles geistiges Erbe verkörpern und das zusammengefaßt wird in den Begriffen: Gott, Vaterland und Heim". Es handelte sich dabei um Werke von Mao Tse Tung, Marx, Lenin, Che Guevara und Trotzky u.a.

Die Guerrilla-Organisation ERP (Ejercito Revolucionario del Pueblo) entführt den Vizekomodore Roberto Etchegiyen, Chef der Legistischen Operationen des Generalstabs der Streitkräfte und Rektor der Universidad Tecnologica von Buenos Aires. Der ERP schlägt vor, Etchegiyen im Austausch mit Edgardo Enriquez, Führer des chilenischen MIR, oder Juan Eliseo Ledesma, ein hoher Offizier des ERP, freizulassen. Juan Ledesma wurde im Dezember 1975 verhaftet, Edgardo Enriquez mittlerweile an die chilenische Militärjunta ausgeliefert.

- Die Militärjunta richtet einen Aufruf an ehemalige Polizisten, sich wieder in den aktiven Dienst der Bundespolizei zu stellen.

30. Die am 24.12.75 verbotene Authentisch-Peronistische Partei protestiert gegen die Entführung des Mitglieds des Nationalkomitees, Jorge Lisazo, durch die Polizei. Zusammen mit Jorge Lisazo wurden seine Schwiegereltern, seine Schwester und seine Schwägerin verschleppt. Sippenhaft ist zur üblichen Praxis der Repressionskräfte geworden.

- Die Zeitung LA NACION veröffentlicht die Information, daß seit dem 24.März in der Fabrik von FORD in General Pacheco/Groß Buenos Aires von den 200 hergestellten Autos 90 Autos durch Sabotageakte beschädigt wurden.

Mai

3. Drei politische Gefangene werden im Polizeihauptquartier von Cordoba erschossen ("bei einem Fluchtversuch", wie die Polizei meldete). Die Ermordeten sind Maria Eugenia Irazausta, Hector Hugo Chiavaroni und Daniel Eduardo Bertoli.

- Eine Einheit der Montoneros greift mit Handgranaten eine Polizeistation in Buenos Aires an. Ein Polizeioffizier wird getötet und 4 weitere verletzt. Zur gleichen Zeit detonieren in der Hauptstadt Bomben, die Propagandaflugblätter enthalten.

4. Ein Direktor der FIAT-Werke wird in Buenos Aires von der Organisation Montoneros hingerichtet. Es handelt sich um Jorge Pedro Rote.

- Die Militärregierung hat für 6 Monate alle Rechtsstreitigkeiten mit ausländischen Firmen eingestellt. Unter diesen Firmen befinden sich Standard Electric-ITT, Esso, Shell, Siemens, Dresdner Bank (Banco Argentino de Comercio). Diese Maßnahme geschieht "im Bestreben, die volle Produktionskapazität der Unternehmen zu wahren".

- Der argentinische Presseverband hat seine Besorgnis über "Schwierigkeiten und Probleme" Ausdruck verliehen, denen sich die Nachrichtenmedien ausgesetzt sehen. Besonders angeführt wird die zeitweise Schließung von Provinzzeitungen und die Verhaftung von Journalisten.

Nach LE MONDE ist die Repression in den letzten Tagen bedeutend verschärft worden. Einige Tausend neue politische Gefangene füllen die Gefängnisse.

- Der Schriftsteller Haroldo Conti wird von Polizeikräften aus seiner Wohnung entführt. Conti erhielt 1975 den Preis der Casa de las Americas für seine Novelle MASCARO.

- Wirtschaftsminister Jose Martinez de Hoz erklärt, daß es im Mai keine Lohnerhöhungen geben wird (trotz der Inflationszunahme im April um 35 %. Die Militärjunta rechne in der nächsten Zeit mit etwa 2 Millionen Arbeitslosen (das sind 20 % der werktätigen Bevölkerung). Dies sei Teil der Kampagne zur Senkung der Inflationsrate.

6. Die Firma IKA Renault in Cordoba entläßt 1060 Arbeiter, die sich im Betrieb von Santa Isabel im Arbeitskampf befanden, um ihrer Forderung nach Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen.

- Das Volumen der argentinischen Exporte erhöhte sich im ersten Trimester 1976 um 26 % gegenüber dem ersten Trimester 1975. Zur gleichen Zeit aber wurden damit 5 % weniger Devisen eingenommen., während sich die Preise für Importgüter um 86,5 % erhöhten.

8. Nach einem Streik in der Fabrik Rigollau werden von der Firmenleitung einige Arbeiter entlassen und der Betrieb von Militärs besetzt.

9. Der Direktor der Firma Rigollau, Manuel Fidario, wird von der Organisation Montoneros hingerichtet.

Am 18. Mai wurden die beiden ehemaligen uruguayischen Parlamentsabgeordneten Zelmar Michelini und Hector Gutierrez Ruiz und das Ehepaar Whitelaw von Polizeikräften in Buenos Aires entführt. Wenige Tage später fand man ihre von Kugeln durchsiebten Leichen in abgestellten Autos. Sie lebten seit Juli 1973 als Asylierte in Argentinien.

Am 1. Juni wurde der bolivianische Ex-Präsident General Juan Jose Torres von Polizeikräften aus seiner Wohnung in Buenos Aires entführt. Einen Tag später wurde seine Leiche aufgefunden. Auch General Torres war von der Republik Argentinien politisches Asyl gewährt worden.

Dies sind die letzten bekannt gewordenen Fälle in einer langen Reihe politischer Morde an Flüchtlingen und Asylierten durch die argentinischen "Sicherheitsbehörden".

Daß politischer Mord von seiten der argentinischen Polizei schon zum Alltag gehört, ist auch bei uns bekannt. Nun ist es offensichtlich geworden, daß die argentinische Regierung in flagranter Weise internationale Vereinbarungen wie die Genfer Konvention für Menschenrechte, die UNO-Menschenrechtscharta, den Vertrag von Montevideo über das Asylrecht in lateinamerikanischen Staaten in brutalster Weise verletzt!

DIE KINDER DES ERMORDETEN URUGUAYISCHEN EHEPAARS WHITELAW

Peru

Zur Situation der chilenischen Flüchtlinge in Peru

Einen Monat nach dem Militärputsch in Chile wurde im Oktober 1973 ein Solidaritätskomitee in Peru gegründet. Es wurde anfangs von dem katholischen Priester José Pastor und dem evangelischen Pastor Sr. Reynoso geleitet. Das Komitee war sofort mit verschiedenen Problemen (Desorganisierung, Ausreiseerlaubnisverweigerung für verfolgte Chilenen, Fehlen eines einheitlichen Kriteriums für die Verteilung der Hilfe, miserable Lebensbedingungen materieller Art etc.) konfrontiert. Das Komitee arbeitete in dieser Form bis Juni 1974.

Weiterführung der Flüchtlingsarbeit durch CEDAS

Zu diesem Zeitpunkt wurde das Komitee der "Ökumenischen Komission für Soziale Wohlfahrtspflege" (CEDAS = Comisión Ecumenica de Asistencia Social) übergeben. Darin waren über einen Vertreter der Hohen Komission für Menschenrechte auch die Vereinten Nationen beteiligt. Es wurde ein Vertrag zwischen dem UN-Vertreter und dem Aussenministerium von Peru über die Aufenthaltsgenehmigung von chilenischen Flüchtlingen auf peruanischem Territorium abgeschlossen.

Das neu organisierte Komitee wurde anfangs von Augusto Dammert, einem rechtstehenden Peruaner, geleitet, mit dem sich die materiellen Probleme der Chilenen in Peru verschärften. Es wurden nicht mehr rechtzeitig die Mieten für die schon sowieso überfüllten Unterkünfte der Flüchtlinge von CEDAS gezahlt, sodaß einige Pensionen von deren Besitzer einfach geschlossen wurden und so eine noch größere Zusammenballung der chilenischen Familien in den wenigen für sie übrigbleibenden Unterkünften hingenommen werden mußte. Die mangelhafte finanzielle Hilfe war nicht so sehr dadurch bedingt, daß Geldfonds fehlten, sondern daß diese hinsichtlich der Ausgaben schlecht verteilt und verwaltet wurden. Unabhängig davon erhielt jeder Familienvater in der Woche gerade 100 Soles (damals: 2. 10 US-Dollar) für Fahrt- und sonstige laufende Ausgaben. Miete und Essen wurden damals schon vom Komitee direkt getragen.

Zwischen Juni und November 1974 ging noch eine größere Zahl von chilenischen Flüchtlingen von Peru weg in verschiedene andere Länder (Rumänien, Australien. Kanada, England etc.), was auf das intensive Vorstelligwerden von Sr. Dammert gegenüber den zu den aufgeführten Staaten zugehörigen Organisationen zurückzuführen ist. Im November 1974 überstieg die Zahl der chilenischen Flüchtlinge in Peru etwas über 650, was nahezu dem Durchschnit früherer Zeiten entsprach.

Weitere Verschärfung der Flüchtlingsprobleme

Ab November 1974 kam das CEDAS unter das Amt des UN-Funktionärs Alfredo Neumann. Dieser bürokratisierte mit Normen und Auflagen die Komiteearbeit. Es kam zu einer Kürzung der finanziellen Unterstützung um die Hälfte der wöchentlichen Zuteilung, obwohl die Lebenshaltungskosten in Peru stark gestiegen waren. Neumann kümmerte sich mehr um die Soziale Unterstützung der Flüchtlinge.

Andererseits war ein anderer Funktionär der UN - Sr. Gómez Fink, Vertreter der "Partido Colorado" von Uruguay - damit beauftragt, die sich nur vorübergehend in Peru aufhaltenden Flüchtlinge in anderen Zielländern unterzubringen. Erfolge in seiner Arbeit konnte Fink jedoch so gut wie nicht vorweisen. Dies zog - bei ständiger Ankunft von neuen Chilenen in Peru - eine beachtliche Erhöhung der Flüchtlingszahl in Peru mit sich, was z.B. bedeutete, daß in einer Pension anstatt normalerweise 40 nun bis 150 Leute berherbergt werden mußten. Oftmals drängten sich bis zu 9 Personen in einem kleinen Zimmer zusammen.

Hinzu kamen weitere Probleme, wie die zunehmende Kozentration der Flüchtlinge in einem Stadtteil an der Grenze von Lima, das Verbot der Aufnahme von Arbeit, das Verbot, Lima zu verlassen sowie andere durch peruanische Behörden auferlegte Beschränkungen, welche zusätzlich zu den täglichen Sorgen des Überlebens eine kaum erträgliche Situation ergaben.

Verhalten der Flüchtlinge gegenüber diesen Schwierigkeiten

Von den in Peru anwesenden Flüchtlingen waren nicht mehr als 25 bis 30 % politisch Verfolgte, die direkt aus den Gefängnisse der Diktatur kamen. Die große Mehrheit hatte zwar mit der UNIDAD POPULAR sympathisiert und diese auch unterstützt, mußte aber vor allem aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chile verlassen. Ebenfalls gab es eine wenig integrierte Gruppe von Personen, welche die Situation einfach ausnutzten, um in andere Länder zu gehen. Außerdem gab es auch ab und zu von der faschistischen Junta infiltrierte Agenten unter den Flüchtlingen.

Dies alles bewirkte bei den politisch aktiven Flüchtlingen eine verminderte Fähigkeit, der Situation der vorherrschenden Unsicherheit zu widerstehen, vor allem angesichts ihrer Kinder, die ohne ausreichende Ernährung, Schulbildung etc. blieben.

Zu all diesem kam die interne politische Konstellation in Peru: Die dortige Reaktion startete zunehmend antikommunistische Offensiven gegen die nach Allende's Regierung nach Peru gekommenen Chilenen, die als gefährliche Agenten der Revolution denunziert wurden. Darüber zwang sie die Tatsache, daß Peru dirkt an Chile angrenzt und die chilenische Botschaft in Lima ständig Druck auf die peruanischen Militärs ausübte, den Aufenthalt der Flüchtlinge auf peruanischem Territorium zu untersagen, keine Konflikte mit der sie beherbergenden Regierung von Peru zu verursachen.

Massnahmen der peruanischen Regierung

Als sich jedoch im Verlaufe des Jahres 1975 die Zahl der Flüchtlinge in Peru auf über 1200 erhöhte, gab das den Ausschlag für ein Dekret der peruanischen Regierung, wonach ab 2. Juni des gleichen Jahres nicht mehr als diese Höchstzahl (1200) an Flüchtlingen zugelassen werden sollte.

Dies bedeutete, daß im Oktober 1975 von der angeführten Zahl nur etwa 900 Flüchtlinge offiziell legalisiert waren, während der Rest unter unmenschlichen Bedingungen - ohne finanzielle, gesundheitliche und Lebensmittelhilfe durch CEDAS - verblieb. Weiter konnten diese "illegalen" Chilenen sich nicht ihre Visas verlängern lassen. Andererseits waren sie auch nicht in der Lage, vor Ablauf ihrer Visas von Peru in ein anderes Aufnahmeland zu reisen, da sie weder finanzielle noch behördliche Unterstützung dafür hatten.

Vielmehr wurde auch für die Flüchtlinge mit Unterstützung seitens der CEDAS die wirtschaftlichr Hilfe von 60 auf 30 Soles für die tägliche Lebensmittelverpflegung, welche nicht mehr von den Pensionen ausgegeben wurde, gekürzt, obwohl gleichzeitig die Lebenshaltungskosten und die Preise für Güter des Grundbedarfs in Peru stark gestiegen war.

Dazu hatte CEDAS nur für etwa 15 bis 20 % der Flüchtlinge die Weiterreise in mit Peru benachbarten Länder vermitteln können, wozu noch nahezu ebenso viele durch Hilfe von karitativen Institutionen in den betreffenden Ländern selbst hinzukamen. Schließlich wurden einige der "Illegalen" aus Peru ausgewiesen, was viele weiter Flüchtlinge dazu brachte, angesichts des Ablaufs ihrer Visa und der Verweigerung ihrer Verlängerung, das Land zu verlassen.

Reaktion der Flüchtlinge und der peruanischen Öffentlichkeit

Es muß jedoch gesagt werden, daß die legalen oder offiziellen Chilenen in Peru sich solidarisch gegenüber ihren neu hinzukommenden und nicht offiziell anerkannten Landsleuten verhielten. Sie nahmen sie bei sich in ihren schon überfüllten Wohnungen auf und teilten mit ihnen das magere Essen, das sie mit der erhaltenen Unterstützung noch kaufen konnten.

Es kam auch in bestimmten Fällen zur breiten Solidarität und zur humanitären Hilfe der peruanischen Massenorganisationen, wenn diese auch viel zu gering hinsichtlich der anstehnden Probleme war. Darüber hinaus gab es Kompetenzschwierigkeiten mit der CEDAS, die ein Monopol als einzig autorisierte Komission für diese Aktivitätten für sich in Anspruch nahm und Angebote von Arbeitsinstitutionen, Geldsammlungen anzunehmen und auf alle Flüchtlinge zu verteilen, zurückwies.

Die schon kritische Situation droht sich noch mehr zu verschlechtern, besonders für diejenigen, die gerade aus den Kerkern der Junta kommen und nicht als offizielle Asylberechtigte anerkannt sind. Hinzu kommt noch, daß sie mit einem langandauernden Aufenthalt in Peru rechnen müssen (manche bleiben mehr als 1 1/2 Jahre), da im letzten Jahr verschiedene Länder die Einreisegenehmigungen aufgehoben haben, wenn man von den wenigen Ausnahmen (Sowjetunion, Schweden etc.) absieht, welche ihre Grenzen für Aufnahmekontingente bis maximal 50 Personen in den letzten 6 Monaten geöffnet haben.

★★★

CARLOS URRUTIA UND LUIS GARCIA AMNESTIERT

In der letzten Nummer der Chile-Nachrichten (Nr. 37, S. 54ff) hatten wir über Repressionsmaßnahmen gegen die peruanische Linke berichtet und zu einer Solidaritätsaktion mit der besonders betroffenen Zeitschrift MARKA aufgerufen. Wenige Tage später erreichte uns die Nachricht von einer Amnestie für 34 politisch Verfolgte. Dazu gehören auch die beiden verantwortlichen Journalisten von MARKA, Carlos Urrutia und Luis Garcia. Außerdem die seit Dezember 1975 verhafteten Minengewerkschaftsführer Victor Cuadros und Hernan Cuentas und ihre vier Anwälte.
In beiden Fällen war es in Peru und im Ausland zu breiten Solidaritätskampagnen gekommen, die sicherlich nicht unwesentlich zur Amnestierung beigetragen haben. Es ist deshalb gerade jetzt wichtig die weitere politische Entwicklung in Peru zu verfolgen, um neue Repressionsversuche gegen das peruanische Volk aufzuzeigen und diesen entgegenzutreten.

PERU - KOMITEE GEGRÜNDET!!!
Auf dem Hintergrund der verschärfen Repression in Peru und der fehlenden bzw. falschen Information und Einschätzung zum peruanischen Entwicklungsprozeß insgesamt hat sich eine Gruppe aus Genossen gebildet, die kontinuierlich über Peru arbeiten wollen. Die Gruppe sieht ihre Aufgaben bis jetzt im wesentlichen darin:

1. Information über die gegenwärtige Situation in Peru zu sammeln, zu publizieren und durch entsprechende Einschätzungen zu ergänzen
2. Repressionsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und die Bauern sowie gegen die ihnen verpflichteten weiteren Kreise der Bevölkerung aufzuzeigen und
3. zu praktischer Solidarität aufzurufen.

Kolumbien

DIE ARBEITERKLASSE ENTWICKELT NEUE KAMPFFORMEN

Kolumbien gehört zu den wenigen lateinamerikanischen Ländern, in denen das Militär noch nicht offen die Macht übernommen hat. Dennoch vollzieht sich unter den Vorzeichen des "Estado de Sitio", des fast permanent verhängten Ausnahmezustandes, Schritt um Schritt eine Angleichung an den "Normalzustand" der politischen Herrschaft in den Ländern des abhängigen Kapitalismus. Durch eine ständige Ausweitung ihres Aktionsfeldes gehen die Streitkräfte zu immer krasseren Formen der Unterdrückung über, die einer schleichenden Machtübernahme gleichkommen.

PARTEIEN UND WAHLEN

Bei den Zwischen wahlen zu den Provinz- und Gemeindevertretungen am 18. April erreichte die Wahlbeteiligung einen neuen negativen "Rekord": trotz aller Aufrufe der Massenmedien und des hohen Klerus, gegen Chaos und Verbrechen zu stimmen, gingen diesmal nicht einmal 30% der Wahlberechtigten zu den Urnen. Daß sich in diesem Jahre auch mehrere linkssozialistische Gruppen aus bedenkenswerten taktischen Gründen an den Wahlen beteiligten, um den etwas größeren Handlungsspielraum der Wahlkampfperiode zur Propagierung der Solidarität mit der Streikbewegung im Lande zu nutzen, hat die Wahlenthaltung kaum reduziert. Innerhalb der traditionellen Parteien konnten die reaktionärsten Gruppen, die den Partei- und Wahlapparat manipulieren, ihre Stellungen behaupten: die Konservative Partei verbesserte ihre Stellung gegenüber den Liberalen, innerhalb der Liberalen Partei konnte der Apparat um Turbay den sich erneut als progressiv gerierenden Expräsidenten Lleras Restrepo zurückdrängen. Wichtiger ist die Entwicklung auf der Seite der Opposition, die insgesamt etwa 9% der Stimmen erhielt. Zum ersten Mal erreichten die sich als marxistisch daklarierenden Parteien und Bündnisse - die von der KP beherrschte UNO und die eine Spielart des Maoismus vertretende MOIR - zusammen mehr Stimmen als die populistische ANAPO, die in den vorangegangenen Wahlen mit pseudorevolutionären Parolen einen Massenanhang mobilisieren konnte (Bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 konnte ihr der Sieg sogar nur durch einen offenen Wahlbetrug entrissen werden). Mit der vollständigen Niederlage der ANAPO, die jetzt mit Rücktritten vieler führender Repräsentanten ihrer Auflösung entgegenzusteuern scheint, und mit der Diskreditierung angeblich progressiver Politiker der Liberalen Partei (den jetzigen Präsidenten und seine Anhänger eingeschlossen) verschwindet für die Bourgeoisie die Möglichkeit, die Unzufrie denheit mit der Monopolherrschaft der beiden traditionellen Parteien in einer im Grunde systemkonformen Scheinopposition zu kanalisieren. Obwohl die Linke noch immer zersplittert ist, sehen die intelligentesten Repräsentanten der herrschenden Klasse die Gefahr, daß sich aus ihren bisher unkoordinierten Kräften eine politische Alternative herausbildet, gegen die jede Form antikommunistischer Demagogie machtlos wäre.

DIE KÄMPFE DES PROLATARIATS

Wichtiger als die Verschiebungen im parteipolitischen Bereich sind die neuen Kampfformen der Arbeiterbewegung, die sich in den zurückliegenden Monaten herausgebildet haben. Da der kolumbianische Kapitalismus in seiner jetzigen Entwicklungsphase auf schrankenloser Überausbeutung der Arbeitskraft beruht und substantielle Zugeständnisse auch an minoritäre Sektoren der Arbeiterklasse

seiner Entwicklungslogik widersprechen (siehe dazu CHILE NACHRICHTEN Nr. 36, S. 69ff), mußten die anfänglichen Versuche sozialer Demagogie der Regierung Lopez und seiner Arbeitsministerin Maria Helena de Crovo scheitern. Gegen die wachsende Verelendung als Folge des inflationsbedingten Verfalls der Reallöhne empörten sich auch Sektoren des Proletariats, die bisher durch ein perfektes Zusammenspiel korrupter gelber Gewerkschaften und brutaler staatlicher Unterdrückung niedergehalten worden waren. Während in Kolumbien wie in anderen lateinamerikanischen Ländern im staatlichen Sektor und im Dienstleistungsbereich teilweise starke und militante Gewerkschaften existieren (beispielhaft die Lehrergewerkschaft FECODE, die meisten Bank-Gewerkschaften und die der staatlichen Erdölfirma) blieben große Teile des Fabrikproletariats und der Landarbeiter ohne eine gewerkschaftliche Vertretung, die zu Streiks und militanten Aktionen bereit war. Deshalb waren die Streiks der Zuckerplantage und -fabrik von Riopaila und die der Textilarbeiterinnen von Vanytex in Bogotá von exemplarischer Bedeutung, obwohl sie nicht mit einem Sieg der Streikenden enden konnten (Siehe den Bericht in "links" Nr. 76, April 76, S. 11/12). In beiden Fällen ging den Streiks die Eroberung der Gewerkschaft durch unabhängige Vertrauensleute der Arbeiter voraus, die die korrupten unternehmerfreundlichen Gewerkschaftsleitungen ablösten. Der Kampf wurde deshalb von beiden Seiten nicht nur um materielle Forderungen (In Riopaila Einhaltung des Tarifabkommens seitens der Unternehmer, bei Vanytex Lohnerhöhungen und Schutz gegen Entlassungen) geführt, sondern um die Fortexistenz einer unabhängigen Gewerkschaftsvertretung. Der Staat trat den Arbeitern von Beginn an als Beschützer der Unternehmerinteressen gegenüber: in Riopaila wurde der von einer Gruppe von Zuckerrohrschneidern ausgehende Streik sofort für illegal erklärt, die Massenentlassungen seitens der Unternahmensleitung wurden staatlich sanktioniert, das Gebiet um die Zuckerplantage wurde vollkommen militarisiert, um die Einstellung von Steikbrechern zu ermöglichen. Die 3 000 streikenden Arbeiter entwickelten neue Kampfformen: vor den Toren der Zuckerfabrik errichteten sie eine Siedlung von 350 Behelfshütten, wo sie durch die materielle Unterstützung einer landesweiten Solidaritätsbewegung mehrere Monate durchstehen konnten. In dieser "proletarischen Stadt" entwickelten sich neue Formen solidarischen Zusammenlebens und politischer Selbstaufklärung, die im ganzen Land beispielhaft wirkten. Der Streik, der Anfang November begonnen hatte, endete nicht mit einer vollständigen Niederlage: der Gouverneur des Valle mußte vermittelnd eingreifen, um die soziale Konfliktzone zu beseitigen, immerhin konnte die Wiedereinstellung des größten Teils der Streikenden ausgehandelt werden (über 400 bleiben allerdings entlassen, 14 blieben gefangen, 7 droht ein Kriegsgericht).

Von ähnlich exemplarischer Bedeutung war der Streik von Vanytex, einer Textilfabrik in Bogotá mit 1200 Beschäftigten, in ihrer Mehrzahl Frauen. Hier konnten die Streikenden, die eine Erhöhung ihrer Hungerlöhne forderten, seit Anfang Februar 85 Tage durchstehen. Erst dann wurde der Streik für illegal erklärt, der Einlaß von Streikbrechern durch Polizeieinsatz erzwungen und ein Schlichtungsverfahren durchgeführt, das wie stets in Kolumbien die Arbeiterinteressen mit Füßen trat. Die Entlassung der aktivsten Streikführer wurde sanktioniert, die zurückkehrenden Arbeiterinnen mußten sich einer Zuchthausdisziplin unterwerfen, wobei ein ausgeklügeltes Spitzelsystem die Schaffung einer unternehmerfreundlichen Parallelgewerkschaft begünstigen soll.

Trotz der partiellen Niederlagen haben beide Streiks vor allem durch die Stärke der landesweiten Solidaritätsbewegung einen großen Fortschritt in Richtung auf eine vom Klasseninteresse bestimmten Arbeiterbewegung mit sich gebracht. Mehrere Gewerkschaften, deren Angehörige materiell besser gestellt sind als

die streikenden Arbeiter, haben ihre praktische Solidarität bewiesen. Es kam zur Bildung von Koordinationsinstanzen der Solidaritätsbewegung, obwohl das Ziel eines nationalen Solidaritätsstreiks diesmal noch nicht erreicht wurde.

Riopaila und Vanytex sind hier nur als herausragende Beispiele einer Streikbewegung dargestellt worden, die wegen der unerträglichen Lebensbedingungen der Mehrzahl der kolumbianischen Arbeiter an vielen Stellen ihre Fortsetzung findet. Durch staatliche Zwangsschlichtung zuungunsten der Lohnabhängigen wurden Ende Mai auch die Streiks der Angestellten mehrerer Banken (Banco Popular, Banco Central Hipotecario) zum Abschluß gebracht, die im Februar begonnen hatten. Die besonders miserabel bezahlten Bankangestellten wollten zum Schluß , Mitte Mai, durch Hungerstreiks auf ihre miserable Lage aufmerksam machen. Sie besetzten mehrere Kirchen im Land, um dort ihren Hungerstreik durchzuführen, darunter die aus dem 16. Jahrhundert stammende Kirche San Francisco in Bogotá. Von Teilen des niederen Klerus wurden sie bei dieser Protestaktion unterstützt, während der erzreaktionäre Kardinal Aníbal Munoz die Kirchenbesetzung wie zu erwarten verdammte. Die Vorfälle um den Hungerstreik der Bankangestellten in den Kirchen haben die Gegensätze innerhalb des Klerus wieder aufbrechen lassen und Sanktionen der Kirchenleitung gegen Geistliche ausgelöst, die sich auf die Seite der Ausgebeuteten stellten.

NEUE AKTIONEN DER GUERILLA

Anfang Mai unternahm die vielfach totgesagte Guerilla-Bewegung einige spektakuläre Aktionen im Gebiet der mittleren Magdalena. In der Nacht des 7 Mai besetzten Einheiten der ELN die Ortschaft
Santa Rosa de Simití. Nach Berichten der bürgerlichen Presse wurde diese Operation der bewaffneten Propaganda von über 100 Guerilleros durchgeführt, die mit modernen Waffen ausgerüstet waren. Fast gleichzeitig kam es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen dem Heer und Einheiten der FARC (die der KP nahestehende Guerillabewegung). Im Zuge von Heeresoperationen gegen die Guerilla kam es zur Verhaftung von etwa 400 Personen aus der örtlichen Landbevölkerung. Die Festgenommenen werden Mißhandlungen und Folterungen unterworfen . Der am 18. April frei gewählte Rat der Ortschaft Cimitarra, der in seiner Mehrheit der UNO angehört, wird von den Militärbehörden verfolgt, die KP existiert in diesem Gebiet unter Bedingungen der Illegalität.

FOLTERUNGEN

Die Anwendung der Folter, die in den Anti-Guerilla-Operationen der kolumbianischen Streitkräfte immer üblich war, scheint sich auszubreiten. Die Zeitschrift "Alternativa" veröffentlicht in ihrer Ausgabe Nr. 83 (24/31 . Mai1976) den Bericht des Rechtsanwalts Gustavo Arias Londono, der unter der Anschuldigung festgenommen wurde, der Stadtguerilla-Bewegung M-19 anzugehören (Die Bewegung M-19 hat die Verantwortung für die Entführung und Hinrichtung des korrupten Vorsitzenden der Gewerkschaft CTC, Mercado, übernommen). Der Bericht des Rechtsanwalts enthält Einzelheiten über barbarische Foltermethoden, die den in Chile, Uruguay und Brasilien angewandten in nichts nachstehen. Die kolumbianischen Militärs scheinen sich durch öffentliche Anklagen dieser Art nicht beirren zu lassen. Der Bereich ihrer Kriegführung gegen das eigene Volk und ihrer Militärjustiz, die auch für streikende Arbeiter zuständig ist, entzieht sich jeder Kontrolle. Darüber hinaus dringt das Militär aber auch in Bereiche vor, die gemeinhin den zivilen Autoritäten vorbehalten bleiben.
Der Kommandant des Heers, Camacho Leyva, gab die beabsichtigte Gründung einer Militär-Universität bekannt, die nach seiner Auffassung eine "Universität ohne Streiks" sein sollte. In der programmatischen Erklärung des Generals zu den Prinzipien dieser Universität, die neben Angehörigen der Streitkräfte auch deren Kinder und anderen Interessierten offen stehen soll, heißt es unter

anderem:

"Wir werden uns durch die Verherrlichung der Lehrstuhlfreiheit nicht verwirren lassen, die als breiter Weg verstanden wird, um die Subversion gegen die Glaubensüberzeugung des kolumbianischen Volkes und die Institutionen, die es bestimmen, zu verkünden und zu praktizieren."

Selbst der nicht eben fortschrittliche Erziehungsminister Durán Dussán widersetzte sich diesem Plan der hohen Militärs und erlaubte sich den Hinweis, daß die Gründung einer offentlichen Universität in Kolumbien der Grundlage eines Gesetzes bedarf. Wie es scheint, läßt sich die Militärführung durch solche Einwände kaum beeindrucken.

Uruguay

BRIEFWECHSEL: Hauptmann Verdera – Basler Lehrerverband

An den Militärrichter der I. Instanz
des 5. Turnus
Hauptmann Verdera
Lauro Muller 2028
Montevideo / Uruguay

Basel, 22. Februar 1976

Sehr geehrter Herr,

Im Namen unserer Organisation erlauben wir uns, an Sie zu gelangen wegen der systematischen Repression aller oppositionellen Organisationen in Uruguay. Wir haben von Amnesty International (A.I.) konkrete und sehr beunruhigende Informationen erhalten über andauernde Missachtungen der Menschenrechte, wie z.B. die Anwendung der Folter an unzähligen Häftlingen. A.I., eine humanitäre und unparteiische Organisation, die Verzeigungen von Folter in allen Ländern der Welt untersucht und die soeben einen Bericht über den Gebrauch der Folter in der Sowjetunion publiziert hat, hat uns eine Liste mit Namen von 22 Personen geschickt, die während den letzten drei Jahren starben, nachdem sie von Militärs oder Polizisten bestialisch gefoltert worden waren. A.I. befürchtet, dass die Zahl der Opfer der Folter noch viel höher ist, aber sie kennt die Namen der übrigen ermordeten Gefangenen noch nicht.

Gemäss unseren Informationen gibt es mindestens 5'000 politische Gefangene in Uruguay, eine sehr hohe Zahl verglichen mit der Anzahl Einwohner. Ausserdem haben diese Gefangenen keinerlei Rechte: sie werden ohne Haftbefehl gefangen genommen, manchmal auf der Strasse, manchmal an ihrem Wohnort, und sie verschwinden ohne dass ihre Familien wissen, wohin sie kommen und wie es ihnen geht. Die Willkür ist total: einige werden kurz nach der Verhaftung freigelassen, andere werden lange Zeit ohne Prozess festgehalten, andere werden von Militärgerichten abgeurteilt nur weil sie einer politischen Organisation angehörten ohne aber kriminelle oder illegale Handlungen vorgenommen zu haben.

Das Unmenschlichste aber sind die verschiedenen Arten von Folter. A.I. beschreibt 11 Foltermethoden von der Papageienschaukel bis zu den perversesten psychologischen Formen der Folter. Wir haben eine detaillierte Liste dieser Folterpraktiken und die der 22 an den Folgen der Folter gestorbenen Opfer. Wir sind bereit, Ihnen diese Liste zu schicken, damit Sie sich genau über diese unglaublichen Ereignisse in Ihrem Land informieren können.

Wir Lehrer und Professoren der Schulen und Universität Basels sind sehr besorgt über das Schicksal der politischen und sozialen Häftlinge in Uruguay. Wir bitten und verlangen, dass eine unabhängige internationale Organisation diese Verzeigungen von Folterungen untersucht. Wir möchten betonen, dass für uns die Anwendung der Folter keine interne Angelegenheit eines Landes ist, sondern ein unmenschlicher und illegaler Akt der die Menschenrechte der UNO verletzt und damit alle Menschen guten Willens und humanitärer Gesinnung. Da die Folter uns alle angeht, können wir nicht erlauben, dass ein Regime, ungeachtet wo, den Gebrauch der Folter in seinem Land erlaubt oder gar befiehlt. Zum Schluss erinnern wir Sie daran, dass die UNO am 9.12.1975 die Resolutionen 3452 und 3453 einstimmig angenommen hat. Diese Resolutionen erklären ausdrücklich: "der Gebrauch und alle Formen der Folter oder jegliche grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung einer Person ist verboten", und verlangen, dass die Regierungen alles unternehmen, damit diese Resolutionen in allen Ländern der Welt eingehalten werden. Uruguay hat diesen Resolutionen zugestimmt. Darum ist Ihre Regierung und jeder Bürger oder Militärangehörige verantworlich für seine eigenen Handlungen sowie für die seiner Vorgesetzten.

Ausserdem möchten wir Ihnen in unserem eigenen Namen einige Fragen stellen:

1. Hatten Sie schon Kenntnis von den in diesem Brief beschriebenen Vorfällen ? Möchten Sie weitere Information erhalten?
2. Haben Sie Kontakt zu politischen Gefangenen, sei es als Hauptmann oder als Bürger?
3. Sind Sie mit der Anwendung der Folter einverstanden?
4. Falls nicht, was tun Sie damit die Folter verboten und offiziell geächtet wird? Kennen Sie Organisationen in Uruguay die für die abschaffung der Folter kämpfen?

Ungeachtet Ihrer persönlichen Überzeugung möchten wir Ihre Meinung hören und darum wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unsere Fragen beantworten würden. Wir danken Ihnen im voraus für ihre Bemühungen und erwarten gerne Ihre baldige Antwort.

Hochachtungsvoll

Gewerkschaft Erziehung, Sektion Basel, Jürg Weber

ANTWORT DES MILITÄRRICHTERS DER I.INSTANZ ,Hauptmann VERDERA

Herrn Jürg Weber
Gewerkschaft Erziehung

Basel

Montevideo, 9. März 1976

Herr Weber:

Ich habe Ihren Brief vom 22. Februar erhalten, in welchem Sie mir die Besorgnis dieser Gewerkschaft zu erkennen geben über die Missachtung der Menschenrechte in Uruguay gemäss Berichten von Amnesty International, woraus Sie einiges zitieren und Ihren Brief abschliessen mit vier Fragen und der Bitte um ein Interesse.

- Erstens habe ich Zweifel über den wahren Absender des erwähnten Briefes, weil wenn er wirklich von der Gewerkschaft der Professoren und Lehrer käme, ständen Sie schlecht da wegen der Menge von Ortographie- sowie Stilfehler; ich weiss wenig über die Kultur und das Schulwesen der Schweiz, wenn es überhaupt etwas Erwähnenswertes gibt, aber ich nehme an, dass Sie im Stande wären, einen Brief ohne Fehler zu schreiben. Ich nehme an, dass es so ist, wenn Sie mit all den Dieben und Mördern aus der ganzen Welt korrespondieren, wenn diese das Geraubte auf den dortigen Banken deponieren, oder wenn Sie Geschäfte machen mit den Händlern des Todes, um Zerstörung und Schmerz in ihren Ländern zu säen, natürlich immer unter Respektierung der Menschenrechte, der Demokratie, Freiheit, etc. Oder, wenn ich es mir besser überlege, kann es sein, dass der Brief tatsächlich das kulturelle Niveau der Komunisten, ich wollte sagen der "Gewerkschaft der Professoren und Lehrer" widerspiegelt.

- Also Sie sind sehr besorgt über das, was gemäss Amnesty International passiert. Ich habe hier keinen Brief über Tortur und Tod von ehrenwerten Kaufläuten und Politikern erhalten, ebensowenig einen über den feigen und abscheulichen Mord an Soldaten und Vorgesetzten, deren einziges Verbrechen war, dass sie die Pflicht erfüllten, die Ordnung zu bewahren und die "kleine Bande" der komunistischen Diebe und Mörder, die sich des Landes bemächtigen wollten, niederzudrücken. Ich erhielt auch keinen Brief, als sie Trabal umbrachten, diesen Tapferen, den Sie umgebracht haben, als Sie anfingen zu zittern, was er bemerkte in der Versammlung der internationalen komunistischen Mafia, die Sie in der Schweiz und Frankreich hielten. Aber seien Sie sich sehr bewusst und sagen Sie es den uruguayischen Mitgliedern, die in dieser "Gewerkschaft" sind, dass hier viele Freunde von Trabal übrig bleiben, dass wir dieses Verbrechen nicht vergessen.

- Auf Ihr freundliches Angebot von Informationen eingehend würde mich dieser Bericht über die Folter in Russland von dieser humanitären und unparteiischen A.I. interessieren. Falls A.I. etwas ausgelassen haben sollte, empfehle ich Ihnen "Archipel Gulag", der sehr aufschlussreich ist in dieser Sache.

- Sie boten auch Listen von Missachtungen der Menschenrechte an. Mich würde eine "kleine Liste" der Verbrechen der Häscher von Castro in Kuba interessieren, vorangehendes Ausbluten der Opfer in Polen, Ungarn; eine andere der Chinesen in Asien und Ozeanien, Information wie die Fünfjahrespläne und die "erfolgreiche" wirtschaftliche Führung der komunistischen Länder laufen, sowie dieHebung des Lebensstandards ihrer Völker.

In diesem Falle bäte ich Sie, die Ortographiefehler zu beachten, erstens weil es sich schlecht macht, vor allem, wenn sie von der "Gewerkschaft der Professoren und Lehrer von Basel" kommen, und zweitens weil es mich stört, von "Eseln" geschriebene Lügen zu lesen.

Mit den besten Wünschen auf dass jedem von Ihnen ein Krebs im Arsch ausbricht, der Sie,sich windend wie komunistische Vipern,sterben lässt, spucke ich Sie an mit Vergnügen.

"Ein Freund Trabals"

P.S. Ich ermächtige Sie, diesen Brief an Amnesty International weiterzugeben.

A N M E R K U N G

DIE ORIGINALE DER BEIDEN BRIEFE, SOWIE EINE AMTLICHE BESTATIGUNG DER RICHTIGKEIT DER ÜBERSETZUNGEN KÖNNEN VOM

BASELER LEHRERVERBAND
Allschwilerstr. 112 a
CH-4055 BASEL, SCHWEIZ,

angefordert werden.

SCHWEIZ-TREFFEN: EXIL-URUGUAYER ÜBER DIE JETZIGE SITUATION

Die Uruguay-Komitees und Gruppen der Solidarität mit dem uruguayischen Volk geben anlässlich ihrer Versammlung vom 10./11. April 1976 in der Schweiz folgende Erklärung ab:

Vor drei Jahren führten die Militärs und Präsident Bordaberry einen Staatsstreich durch, mit dem sie die Reste der Demokratie in Uruguay austilgten.

Wir, die während der letzten Jahre wiederholt über die Gewalttätigkeiten gegen Personen und Freiheiten in Uruguay informiert haben, denunzieren folgende Tatsachen:

- in Uruguay gibt es nahezu 7'000 politische Gefangene; die Folterungen werden verschärft und vermehrt angewandt; zahlreiche Gegner der Diktatur wurden während den letzten Monaten ermordet;

- die Repression wird auf bis jetzt respektierte Sektore wie die Kirche und liberale Kreise ausgedehnt.

Deshalb rufen wir die internationale öffentliche Meinung auf, die Diktatur und die dauernde Missachtung der fundamentalen Freiheiten und Menschenrechte zu verurteilen. Unsere Forderungen heute sind:

- Das Recht auf gewerkschaftliche, politische und religiöse Äusserung
- Presse- und Informationsfreiheit
- sofortige Aufhebung der Folter und Bestrafung der dafür Verantwortlichen
- Freiheit für alle politischen Gefangenen
- Wiedereingliederung der Landesverwiesenen und Exilierten

Das uruguayische Volk in seinem Kampf gegen die Diktatur braucht die unentbehrliche Unterstützung der internationalen Solidarität. Das beweist die kürzliche Aktion von Amnesty International, auf welche deshalb die Diktatur mit Verleumdungen und Unwahrheiten reagiert hat.

Wir rufen auf, dass die grosse Kampagne für Uruguay weitergeht und wächst und erst endet mit dem Fall der Diktatur und dem Verschwinden ihrer brutalen Methoden.

1976 - JAHR DES KAMPFES FUER DIE ISOLIERUNG DER URUGUAYISCHEN DIKTATUR

Uruguay Komitee Zürich - C.D.P-P.U. France - Uruguay Komitee Bern - Information über Uruguay, Köln - Uruguay A.G., Berlin - G.A.R.U.,Belgien - C.D.P-P.U., Milano - Comité Marseille - Grupo Argel, Algerien - Comite de Solidaridad con el Pueblo Uruguayo, Roma - die Anhänger des Comite de Difusion de los Crimenes contra el Pueblo Uruguayo, Stockholm.

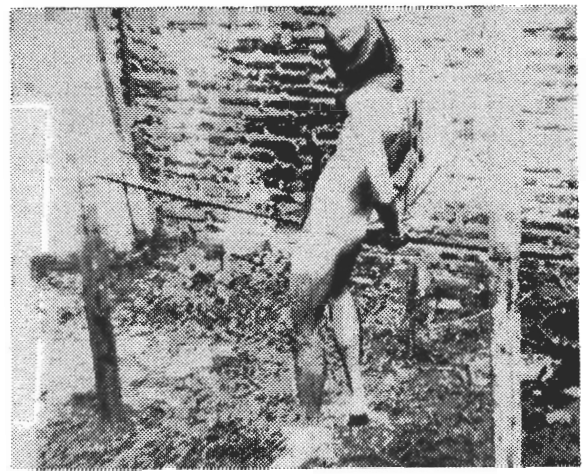
★★★

Uruguay ist jetzt, nach Israel, das zweite Land der Welt, in dem die Militärausgaben mehr als die Hälfte des Staatshaushalts ausmachen. Israel lebt seit der Staatsgründung in ständigem Konflikt mit den Arabern; die uruguayischen Streitkräfte dagegen haben als "den Feind" das eigene Volk: die demokratischen und revolutionären Kräfte. Die sagenhaften Militärausgaben beruhen auf der Notwendigkeit, "die öffentliche Ordnung" zu bewahren. Der uruguayische Staatshaushalt war 1975 mit 1,4 Milliarden Pesos fast doppelt so hoch wie der des Vorjahres mit 788 Millionen Pesos. Im gleichen Verhältnis wuchsen die Ausgaben für Heer und Polizei. Der Wirtschaftsminister Vegh Villegas, der dabei ist, eine liberale Wirtschaftspolitik durchzuführen, versuchte zwar, diese Ausgaben zu beschränken, aber die Militärs banden ihm die Hände.

★★★

Die uruguayische Diktatur hat selbst feststellen müssen, daß von einer Bevölkerung von 2,7 Millionen zwischen 10 und 18 Prozent ausgewandert oder exiliert sind. Das würde besagen, daß zwischen 300 000 und 500 000 Uruguayer im Ausland leben. (Andere, unabhängige Schätzungen liegen noch weit höher). Von dem Rest der Bevölkerung sind 8,1 Prozent arbeitslos, und weitere 18,4 Prozent der Erwerbspersonen arbeiten weniger als 30 Stunden wöchentlich. Ein Drittel der 290 300 Familien, die in Montevideo (1 230 000 Einwohner) leben, muß mit einem Einkommen überleben, das unterhalb des offiziellen Mindestlohns liegt.
Nicht nur die Menschen verschwinden: 1975 ging der Viehbestand um anderthalb Millionen Tiere zurück.

FOLTER IN URUGUAY



Dieses Bild wurde von einem uruguayischen Offizier aufgenommen und der Presse in Buenos Aires übergeben.(Febr.'76)

KONTAKT FÜR URUGUAY-INFORMATION:
URUGUAY ARBEITS-GRUPPE

Postfach 311552

PSCHK. Hendrik Kraemer-Haus PA. BLN.West 448 30- 107

Stichwort: " FOLTER IN URUGUAY"

BRASILIEN

DAS ENDE DES WUNDERS

Am 31. März 1976, dem 12. Jahrestag des Militärputsches fanden auch offizielle Vertreter der Diktatur wenig Anlaß zum Jubeln. General Antônio Jorge Correia, Generalstabschef der Streitkräfte, verkündete in seinem Tagesbefehl, die Schwierigkeiten, die das Land gegenwärtig durchmache, verlangten von der Regierung "mutige und entschlossene Maßnahmen ohne jede Rücksicht auf Popularität". Die Machthaber sind sich darüber im klaren, daß sie seit Ende der 60ger Jahre, als das sogenannte brasilianische Wunder begann, nie so isoliert waren wie heute. Die selbst auf dem Höhepunkt der Konjunktur schwache Basis des Regimes und seiner Partei, der ARENA, bröckelt weiter ab, während die einzige legale Oppositionspartei MDB immer mehr in den Genuß der von den Militärs neuerlich verschmähten Popularität gelangt. Gegen die daher notwendig gewordene verstärkte Repression, mit der die Diktatur auch diese Partei und alle ihr nahestehenden Personen und Gruppen verfolgt, regt sich andererseits ein immer größerer Widerstand, u.a. in weiten Kreisen der bürgerlichen Öffentlichkeit, soweit es eine solche überhaupt noch gibt, und bei der Kirche. Zum ersten Mal seit dem Militärputsch von 1964 muß das Regime mit einer Niederlage der ARENA bei den im November dieses Jahres anstehenden Wahlen zu den Stadt- und Kreisparlamenten (in den municípios) rechnen. Nicht nur die Arbeiterklasse und die trotz häufiger Regierungsintervention immer wieder rührigen Gewerkschaften, auch Teile der Mittelklasse sind angesichts des drohenden Schwundes von Konsumprivilegien immer schwerer bei der Stange zu halten. Wegen seines vorübergehenden Liebäugelns mit der distensao, der innenpolitischen Entspannung und Verständigung mit der bürgerlichen Opposition, sowie wegen einer wenn auch sehr relativen Annäherung an die Dritte Welt in der Außenpolitik hat sich Geisel auch von vielen Rechten innerhalb des Militärs isoliert, das er durch außerordentliche Erhöhungen der Bezüge (bis zu 300 %) Anfang dieses Jahres wieder an sich zu binden suchte. Ende letzten Jahres hatte es sogar eine Verschwörung innerhalb der Streitkräfte gegen ihren obersten Kriegsherrn gegeben.

DIE VERHEISSUNGEN DER REGIERUNG GEISEL

Dabei war Geisel vor gut 2 Jahren (März 74) als Reformpräsident angetreten, als Kompromißkandidat verschiedener Strömungen innerhalb des Militärs, auf den sogar manche MDB-Politiker einige Hoffnung setzten. Auch innerhalb des Regimes war das auf unerhörter Einkommenskonzentration, Unterdrückung der Gewerkschaften, Folter, Exportorientierung und wachsender Abhängigkeit vom multinationalen Kapital beruhende brasilianische Modell, das als einziges Plus ein durchschnittliches Wachstum des Bruttosozialproduktes von ca. 10 % beschert hatte - und auch das nur wenige Jahre hindurch -, schon vor Amtsantritt des neuen Chefs der Militärregierung auf zunehmende Kritik gestoßen. Noch während des Booms, der

1974 zu Ende ging, hatte sich das Regime jedoch außerstande gesehen, mit drei schweren Problemen fertigzuwerden: mit der wachsenden Auslandsverschuldung (jetzt über 22 Milliarden Dollar, nach manchen Statistiken sogar 25 Milliarden Dollar); mit der zunehmenden Verelendung der Arbeiterklasse (Gefahr von sogenannten Verteilungskonflikten); mit der mangelhaften politischn Absicherung und Legitimierung des Systems (Problem der "Institutionalisierung"). Für alle drei Problembereiche stellte der neue Diktator Lösungen oder jedenfalls Erleichterungen in Aussicht: eine etwas weniger an den Interessen des ausländischen Kapitals orientierte Wirtschaftspolitik, die Stimulierung der Binnennachfrage, eine Umverteilung der Einkommen, eine Lockerung der Repression und stärkere Betonung parlamentarischer Regierungsformen, wobei allerdings die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie und zum Rechtsstaat allenfalss für die ferne Zukunft geplant war. Immerhin hatte Geisel sogar die Möglichkeit eines zivilen Nachfolgers in der Präsidentschaft ins Auge gefaßt. Auch konnten die Parlamentswahlen von November 74 in einer zwar nur partiellen, aber für Brasilien doch erstaunlichen Freiheit stattfinden, was manche MDB-Abgeordnete zu voreiligen Lobsprüchen auf Geisels angebliche Liebe zur Demokratie verleitete. Die Repression ging zwar unvermindert weiter wie unter der Regierung Médici, doch hatten viele Beobachter den Eindruck, als liege das weniger an der Regierung als an den sich verselbständigenden Repressionsorganen. Diese Hypothese wurde gestärkt durch die Strafversetzung des Kommandanten der II. Armee (in Sao Paulo) nach der Ermordung eines politisch aktiven Arbeiters durch die dortige Militärpolizei Anfang Januar dieses Jahres.

DIE DESILLUSIONIERUNG

Unabhängig davon, ob die frommen Absichten ehrlich gemeint waren, wurden sie spätestens in dem Augenblick unrealisierbar, als die sich seit 72 abzeichnende Weltwirtschaftskrise Brasilien voll erfaßte. 1975 betrug das Wirtschaftswachstum nur 4 %, und erstmals wuchsen die Auslandsschulden schneller als das Bruttosozialprodukt. Allein in den Monaten Januar und Februar 76 wies die Zahlungsbilanz ein Defizit von 729 Millionen Dollar auf, wo doch das Defizit für das gesamte Jahr 76 nach den Voraussagen von Finanzminister Simonsen nur 800 Mill. Dollar betragen sollte. Für 1976 wird von manchen Wirtschaftsexperten ein Nullwachstum erwartet. Wegen seiner hohen Auslandsverschuldung genießt Brasilien weniger Kredit als noch vor Jahren: es hat Schwierigkeiten, die trotz Importrestriktionen wachsende Lücke zwischen Exporten und Importen mit Krediten zu füllen und muß beispielsweise auf dem europäischen Finanzmarkt 1-2 % mehr Zinsen bezahlen als marktüblich ist. Während die Stagnation sich verschärfte, beschleunigte sich die Inflation, die Anfang der 70ger Jahre auf ca. 25 % abgesunken war, aufs neue. Allein in den ersten 3 Monaten dieses Jahres betrug sie 13 %. Die Stagflation verschlimmerte die soziale Lage der arbeitenden Massen noch mehr. Von den spektakulär versprochenen mindestens 60 %igen Lohnerhöhung am 1. Mai (an dem in Brasilien traditionell der Mindestlohn erhöht wird) ist nicht viel übrig geblieben. Die mageren 44 %, denen eine Geldentwertung von

38 % seit dem 1. Mai 1975 gegenübersteht, werden von der galoppierenden Inflation innerhalb von 2 Monaten verschlungen sein.

Angesichts wachsender Unruhe bei den unteren Gesellschaftsschichten sah sich die Regierung gezwungen, in die ideologische Offensive zu gehen. Der eigentliche medienscheue Diktator reaktivierte ein Propagandateam, wie es unter Médici bestanden hatte. Zur regierungsoffiziellen Maikundgebung in Volta Redonda, wo der populistische Industrialisierungsprozeß der 4oer Jahre begonnen hatte, waren 2oo o oo Arbeiter erwartet worden, doch nur 6 ooo kamen; ein Symptom dafür, daß die Versuche, die Arbeiterklasse zu integrieren, gescheitert sind.

DIE OFFENSIVE DER MULTIS

Das Programm der Steigerung der Binnennachfrage und der Stärkung der inländischen Industrie ist ohne radikale Änderungen des Systems aus wirtschaftlichen Gründen nicht realisierbar. Im Gegenteil, es war dem seit Errichtung der Militärdiktatur dem Anspruch nach wohl nationalistischsten Präsidenten vorbehalten, das staatliche Erdölmonopol, für das sich Generationen von nationalistischen bürgerlichen und linken Politikern eingesetzt hatten und das in Brasilien einen hohen emotionalen Stellenwert besitzt, einzuschränken wenn nicht gar abzuschaffen.

Auch die seit Monaten in Presse und Parlament heiß diskutierte angebliche Verstaatlichungstendenz des Regimes und die von zahlreichen Zeitungen und Politikern gepriesene Entstaatlichung der brasilianischen Wirtschaft entspricht ganz den Interessen der Multis, die sich natürlich ebenfalls wärmstens dafür einsetzen. Von kritischen Journalisten und Politikern wird vermutet, daß dem Regime letztlich nur die vollständige oder partielle Überlassung einiger großer und profitabler Staatsbetriebe übrig bleibt um die astronomischen Auslandsschulden zu bezahlen. Die Entstaatlichung wäre eine der Voraussetzungen dazu. Es ist wohl kein Zufall, daß der größte Teil der Schulden auf überhöhte Importe brasilianischer Niederlassungen der Multis zurückgehen, die auch auf diese Weise die Regierung unter Druck setzen. Die in brasilianischer Hand befindliche private Industrie ist auf die Dauer nicht in der Lage, große und technologisch hoch entwickelte Betriebe zu führen. Großunternehmen - so hat die Erfahrung gelehrt - können in Brasilien nur staatlich sein oder multinational. Angesichts dieser Perspektive ist die brasilianische Bourgeoisie, ihre Presse und ihre Parteien geteilter Meinung.

DIE OPTIONEN DER BÜRGERLICHEN OPPOSITION

Die Oppositionspartei MDB steckt in einem Dilemma. Als Geschöpf des Regimes hat sie die Aufgabe, die Regierung gleichzeitig zu bekämpfen und trotzdem bzw. eben dadurch sie zu stützen. Aus sozio-ökonomischen Gründen ist ein bürgerlicher parlamentarischer Rechtsstaat ausgeschlossen, doch andererseits muß das Regime sowohl wegen des Druckes der Weltmeinung (der beim Geiselbesuch in Europa wieder deutlich geworden ist)) als auch zur Legitimierung vor der eigenen Bevölkerung auf ein gewisses Minimum von demokratischer Fassade bedacht sein.

Diese pseudodemokratische Legitimierung ist umso wichtiger als die Legitimierung durch den wirtschaftlichen Erfolg, das wachsende Bruttosozialprodukt unmöglich wurde.

Die Partei, die in 3 Flügel zerfällt, in die verkappten Regierungssympathisanten, in die die Spielregeln des Systems akzeptierenden Gemäßigten und in die radikaldemokratischen autênticos, und deren Einheit erzwungen ist, steht vor schwieriger Wahl: einerseits hat sie gerade dank einer kritischen Propaganda die Wahlen von 1974 erfolgreich bestanden und ist verpflichtet, diesem Wählerauftrag nachzukommen. Andernfalls könnte ein großer Teil, der Wähler wieder zur Praxis der Massenhaften Abgabe ungültiger Stimmzettel zurückkehren (es besteht Wahlpflicht in Brasilien) . Tritt sie dagegen entschieden für den Abbau der Abhängigkeit , für eine nationale kapitalistische Entwicklung, für die Respektierung der Menschenrechte und für soziale Reformen ein, Forderungen, die sehr populär sind, so könnten sie nicht nur die Streitkräfte in ihrer überaus empfindlichen Ehre treffen, sondern sogar die Munizipalwahlen gewinnen. Andererseits ist Opposition nur erlaubt, sofern sie bei Wahlen verliert. Die MDB muß also versuchen, bei den Wahlen in den meisten Städten und Kreisen ein gutes Ergebnis zu erzielen, jedoch nicht zu gewinnen. Nur als Opposition hat sie die Chance zum Überleben, und das heißt heute in Brasilien beinahe: nur bei ständiger Selbstkastration.

DIE NEUE REPRESSION

Am auffälligsten ist die vollständige Abkehr Geisels von seinen anfänglichen Verheißungen im Bereich der Grundrechte. Allein in diesem Jahr wurden vier Abgeordnete ihrer politischen Rechte beraubt, zahlreiche MDB-Mitglieder wurden verhaftet (allein im März ca. 100), meist unter dem gewöhnlich absurden Vorwand, Verbindungen zur KP zu unterhalten. Offensichtlich soll der Flügel der autênticos als kryptokommunistisch hingestellt und allmählich liquidiert werden; Vergleiche mit den Jusos drängen sich auf. Die Regierung ist nicht nur entschlossen, die zugkräftigsten Politiker auszuschalten, sondern sie behindert den Wahlkampf durch Beschränkungen der Versammlungsfreiheit und des Zugangs zu den Massenmedien, durch Schlägertrupps etc. Auch seitdem Geisel die Repressionsorgane fester im Griff hat, ist die Mißachtung der Menschnrechte nicht zurückgegangen. Die Verhaftungen und Folterungen von Gewerkschaftsmitgliedern, Studenten, Journalisten gehen weiter, wenngleich in etwas "geordneteren" Bahnen als vorher: die mancherseits erwartete Amnestie wurde abgelehnt. Der von Geisel eingesetzte und ihm ergebene neue Chef der II. Armee in São Paulo hat sämtliche Ermittlungen über die Hintergründe des Todes von Wladimir Herzog (Okt. 75) und Manuel Fiel Filho (Jan. 76) im Militärgefängnis von Sao Paulo verboten. Das Todesschwadron von Rio hat im Mai wieder 30 "Asoziale" ermordet. Verselbständigtes Vorgehen der Repressionsorgane, Nachgeben der Regierung gegenüber der "linha dura", den Falken im Militär, sowie aufgrund der wachsenden Legitimierungsschwierigkeiten und sozialen Gegensätze für die Sicherung des Systems bewußt eingesetzte Unterdrückung kommen hier zusammen. Angesichts der sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krise muß, sollten sich nicht innerhalb der Streitkräfte unvorhergesehene Veränderungen der Kräftekonstellationen einstellen, mit einem Anwachsen der Repression gerechnet werden.

CHILE-BRD

Sozialdemokratentreffen in Caracas

In Caracas trafen sich Ende Mai dieses Jahres sozialdemokratische und sozialistische Parteien aus 25 Ländern Europas und Lateinamerikas, zu einer dreitägigen Konferenz, um "Brücken zu schlagen", einen "Dialog zu halten". Willy Brandt wandte sich sogar an die ganze Menschheit und teilte ihr mit, daß sie "weder durch menschenfeindlichen Kapitalismus noch durch freiheitsfeindlichen Kommunismus ..... ihre künftige Gestaltung finden" werde, sondern "durch einen Weg der Vernunft".

Für solche Phrasen, die den täglichen Erfahrungen Südamerikas ins Gesicht schlagen, findet die europäische Sozialdemokratie in den Ländern Lateinamerikas offenbar nur mehr Bruderparteien und Gesinnungsgenossen, über die A.A.Gruha in der "Frankfurter Rundschau" vom 2.Juni 76 schreibt: "Da sind einmal diverse Gestalten und Parteien, die als Verwandte zu bezeichnen eher peinlich anmutet. Fabio Lozanos "Liberale" beispielsweise sind eher die politische Lobby der kolumbianischen Industrie und von einem wie immer definierten demokratischen Sozialismus weit entfernt. Den Chef der peruanischen ARPA, Haya de la Torre, hatte 1968 das Militär davongejagt, weil er die mit allen Eiden versprochenen Reformen doch nicht durchführte. Daß der "Radikale" Ricardo Balbin aus Argentinien ein Sozialdemokrat sein soll, stimmt eher erheiternd."

DIE S P D - ANWALT DER DRITTEN WELT ?

Die Länder der Dritten Welt machen ihre Erfahrungen mit sozialdemokratisch regierten reichen Industriestaaten, da nutzen auch schöne Worte auf Konferenzen nichts. Während auf der Konferenz von Caracas Willy Brandt und seine SPD Gefolgschaft "die Forderungen der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung ..... weitgehend unterstützt", mausert sich die SPD/FDP Regierung zur gleichen Zeit auf der UNCTAD-Konferenz zu einem der wildesten und konsequentesten Gegner der Forderungen der Länder der Dritten Welt.

Jamaikas Außenminister Dudly Thomson sprach dann auch Wahrheiten aus, die den sozialdemokratischen Propheten aus Europa wehtaten. Thomson meinte: "Viele der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien haben das ursprüngliche Ziel der weltweiten Einheit der Arbeiter aufgegeben und sich in das ausbeutende kapitalistische System integriert".

Der europäische Imperialismus, mit seinem Zugpferd BRD, will in Lateinamerika Fuß fassen, will an die Rohstoffe heran und an die billigen Arbeitskräfte. Die Sozialdemokraten bieten sich dabei dem westdeutschen Kapital als die Partei an, die dessen Interessen in Lateinamerika am besten durchsetzen kann. Unter dem demagogischen Schlagwort eines "weder kapitalistischen noch kommunistischen" Wegs versuchen sie die demokratische und revolutionäre Bewegung Lateinamerikas zu spalten, um bürgerliche Alternativen zu den Militärregimes aufzubauen und zu unterstützen. Wie man so etwas macht, zeigten die Sozialdemokraten in Portugal mit Herrn Soares und seiner in Bonn gegründeten "Sozialistischen Partei".

.....

An den 'Deutsch-Chilenischen Freundeskreis'
zu Händen Dr. Fritz Bohmüller

Wir protestieren auf das entschiedenste gegen die von Ihnen geplante Good-will-Reise nach Chile angesichts der von der UNO festgestellten fortgesetzten Übertretung der Menschenrechte in Chile.

....
(Unterschrift)

.....
(Adresse)

An den Präsidenten des
'Deutsch-Chilenischen Freundeskreises'
Dr. Fritz Bohmüller

Martinstrasse 8

53 B o n n

Die winselnde Demokratie

Anfang April hat ein Hamburger Journalist an den Bundesminister des Innern, Prof. Maihofer, die folgende Anfrage gerichtet:

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

im Verfassungsschutzbericht 1974 werden auf Seite 45 die seit dem blutigen Militärputsch in Chile bestehenden Chile-Solidaritätskomitees als linksextremistische Sekundärorganisationen bezeichnet. Ich wäre Ihnen in diesem Z sammenhang dankbar, wenn Sie mir zu folgenden Fragen Auskunft erteilen würden:

- Auswelchen Gründen kommt das Bundesministerium des Innern dazu, die Chile-Solidaritätskomitees als linksextremistisch und damit verfassungsfeindlich einzustufen?

- Kann die MItgliedschaft in einem Chile-Komitee als Indiz dafür gewertet werden, daß ein Bewerber für den öffentlichen Dienst nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten?

- Welche Aktivitäten im Rahmen der Solidarität mit dem chilenischen Volk gegen die Mörderbande des Herrn Pinochet neben der Mitgliedschaft in einem Chile-Komitee hält das Bundesministerium des Innern für nicht verfassungskonform?

Da ich die Beantwortung dieser Fragen als sehr wichtig erachte, wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar, wenn es Ihnen möglich wäre, möglichst umgehend zu antworten.

Hochachtungsv ll!

Die Antwort erfolgte einen Monat später:

DER BUNDESMINISTER DES INNERN

Gesch.-Z. ÖS 2 - 618 (60 - 0 [illegible]

Bei allen Antwortschreiben wird um Angabe des obigen Geschäftszeichens gebeten.

53 BONN 7, den 4. Mai 1976
Postfach
Rheindorfer Straße 198
Fernschreiber: 8-86864
8-86826
Fernruf (02221) 78 3583
oder 761 (Vermittlung)

Der Bundesminister des Innern - 53 Bonn 7 - Postfach

Herrn
...

Sehr geehrter Herr ....

für Ihr Schreiben vom 4. April 1976 zur Frage der Bewertung der Chile-Komitees danke ich Ihnen.

Den in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Chile-Komitees oder Chile-Solidaritätskomitees gehören in ihrer Mehrheit Mitglieder der verfassungsfeindlichen DKP, ihrer Nebenorganisationen MSB Spartakus und SDAJ sowie DKP-angeleiteter oder -beeinflußter Organisationen und Vertreter der "Neuen Linken" an. Es ist offenkundig, daß die von diesen Momitees (sic) propagierte "Solidarität mit Chile" nicht die Unterstützung der auch von der Bundesregierung mit allen Kräften geförderten humanitären Aktion für inhaftierte Chilenen, sondern allein die Solidarität mit den chilenischen Kommunisten und die Unterstützung ihrer Ziele bezweckt.

Die weitgehende Abhängigkeit und Steuerung der Chile-Komitees von Extremisten rechtfertigt ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht in der von Ihnen beanstandeten Art und Weise. Das bedeutet jedoch nicht, daß alle diejenigen, die in Chile-Komitees mitarbeiten, nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten werden. Diese Frage ist in jedem Einzelfall gesondert und unter Berücksichtigung aller Umstände zu entscheiden. Pauschale Aussagen sind nicht möglich, vor allem deshalb nicht, weil in Chile-Solidaritätskomitees nicht nur Extremisten, sondern auch Mitglieder demokratischer Parteien und Organsisationen mitarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
(Dr. Köhler)

Die Antwort des Bundesinnenministeriums scheint auf den ersten Blick noch relativ liberal zu sein, besonders wenn man sie mit der in Bayern und Baden-Württemberg üblich gewordenen Rechtssprechung vergleicht. Nach Bonner Kriterien dürfen also, wie wir lernen, Demokraten mit Kommunisten zusammenarbeiten; erst in den Karteien des Verfassungsschutzes werden sie fein säuberlich getrennt. Aber wir lernen noch eine ganze Menge mehr:

Die Unterstützung der Ziele der chilenischen Kommunisten, die die chilenische Verfassung um jeden Preis gegen die putschenden Militärs verteidigen wollten, ist offenbar in der Bundesrepublik verfassungsfeindlich.

Die Solidarität mit Chile ist offenbar nur so lange demokratisch, wie sie sich auf humanitäre Aktionen für inhaftierte Chilenen beschränkt. Daß das Pinochet-Regime die liberale Demokratie und alle ihre Anhänger aufs schärfste bekämpft, ist offenbar noch kein Grund, ihm mit mehr als humanitären Forderungen zu begegnen.

Außer "Extremisten" und "Mitgliedern demokratischer Parteien und Organisationen" kann man sich ganz offenbar keine politisch engagierten Menschen mehr vorstellen. Wer also keine demokratischen Partei angehört und sich politisch einsetzt, gilt alsbald als =Extremist".

Da wird immer von streitbarer Demokratie geredet. Aber wer wirklich gegen die Antidemokraten von rechts streiten will, wer sich noch als Antifaschist bekennt, wird bald selbst zum Antidemokraten gestempelt. Nach rechts sollen die Demokraten nicht streiten, sondern winseln.

★★★★★★

Auf den Bericht vom 26.9.1975

Betr.: Einstellung des chilenischen Staatsangehörigen Mario Duran Vidal an der Universität Konstanz

Im Bezugsbericht führt die Univers[illegible]
Herrn Duran Vidal ein dringe[illegible]sung ist
aus dem Vorlesungsver[illegible]ung wurde ein
Studienplan für [illegible]gestellt. Die ein-
schlägig[illegible]rung, Magisterordnung -
nic[illegible] fehlt ein Maßstab dafür ob ein
[illegible]n Vidal vorgesehenen Lehrveranstaltungen
[illegible]darf nur an Lehrveranstaltungen besteht, die
[illegible] oder Studienpläne als zu einem ordnungsgemäßen
[illegible]quantifiziert worden sind und die bislang nicht in aus-
re[illegible]em Maß angeboten werden konnten.

Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften wird [illegible]
Insgesamt 11 Wahlfächern [illegible]
Wirtschaftsbeziehungen" im Studienplan aufgeführt. Dieses Fach wird im
Vorlesungsverzeichnis 19[illegible]
Professor Vosgerau angebot

dokumentation

CHILE KOMITEE (UNI - AG)

ASTA UNI KONSTANZ

Das Chile-Komitee Konstanz gibt bekannt, daß es zusammen mit dem ASTA der Universität Konstanz eine Dokumentation zum Fall MARIO DURAN VIDAL herausgegeben hat. Diese Dokumentation ist zu beziehen über N. Vornehm c/o ASTA UNI Konstanz Postfach 7733.

SOLIDARITÄT

Kontobericht

Das Spendenkonto des "Komitee Solidarität mit Chile" wurde im Juni 1973 eingerichtet, also drei Monate vor dem Putsch in Chile. Damals hatten wir versucht, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die zunehmend sich verschärfenden Auseinandersetzungen in den Betrieben und den mit allen Mitteln geführten Kampf der Reaktion gegen die verfassungsmäßige Regierung und die Linke zu lenken. Wir riefen zu Spenden für Schlafsäcke und Fahrräder auf, um den Arbeitern die Nachtwache in den besetzten Betrieben zu erleichtern und die Auswirkungen des Fuhrunternehmerboykotts auf die Versorgung der Bevölkerung und den Informationsfluß zwischen den Betriebsgruppen abzumildern. Jedoch hatten wir trotz mehrfacher Spendenaufrufe Anfang September 73 nur DM 780,- gesammelt. Vielen potentiellen Spendern fehlte es wohl an konkreten Informationen und Chile lag uns damals noch sehr fern.

Dann wendete sich das Blatt mit dem Putsch vom II.September 1973, und das chilenische Volk, für das Freiheit und Sozialismus über drei Jahre identische Begriffe waren, erlebte die brutalste Unterdrückung seiner Geschichte: Folter, Mord, Hunger und Elend und rücksichtslose Ausbeutung. Chile war uns plötzlich sehr nahe, und außer in vielfältigen Formen der Solidarität schlug sich unser politisches und moralisches Entsetzen auch auf dem Spendenkonto nieder: Ende September 1973 waren DM 26.000,- eingegangen.

Von da an hat die kontinuierliche Entwicklung des Spendenaufkommens dafür gezeugt, daß die Solidarität mit Chile nicht nur Sache eines Booms war, sondern durch politisch verantwortliches Denken bestimmt wurde. Bis Ende 1974 sind im Monat durchschnittlich DM 25.000,- auf unser Konto geflossen.

Im Jahre 1975 verringert sich dieser Durchschnitt jedoch auf etwa DM 16.000 monatlich, und ist in den ersten Monaten 1976 bei rund DM 7.000,- angelangt. Diese sinkende Tendenz hängt wohl auch damit zusammen, daß wir für keine humanitären oder politischen Einzel-Projekte werben, sondern ausschließlich Parteien der chilenischen Linken unterstützen und zwar alle, die sich an das Westberliner Komitee gewandt haben. Dabei hat die Gesamtsumme unserer Hilfe vom Juni 1973 - Mai 1976 DM 670.000,- erreicht. (Davon stammen DM 100.000,- aus dem Spendenaufkommen des Sozialistischen Büros.)

In dieser Unterstützung sind humanitäre und politische Aspekte eng miteinander verwoben. Der Widerstand gegen die brutale Unterdrückung und der Kampf für den Sturz der Militärdiktatur werden im Wesentlichen von den Parteien und den mit ihnen verbundenen Organisationen des Volkes getragen. Nur im Ausbau der Organisationsstrukturen der chilenischen Linken und deren schrittweiser Vereinigung besteht Aussicht auf Kontinuität und Erfolg des Kampfes gegen den Klassenkampf von oben. Ob es sich dabei um Projekte des Überlebens für die zahllosen politisch Aktiven, die einer doppelten Gefährdung durch Arbeitslosigkeit und Verfolgung ausgesetzt sind, handelt, oder um Projekte zur Schaffung der unter den Bedingungen der aufgezwungenen Illegalität lebensnotwendigen Infrastruktur im Untergrund - unsere finanzielle Hilfe wird unvermindert gebraucht!

Wir rufen deshalb alle dazu auf, sich in ihrer praktischen Solidarität nicht von den wechselnden Inhalten und Tendenzen der Chile-Berichterstattung in den bürgerlichen Nachrichtenmedien bestimmen zu lassen, sondern am Beispiel Chile zu beweisen, daß ihr solidarisches Handeln von langfristiger politischer Verantwortung bestimmt ist. - Wir weisen noch einmal darauf hin, daß alle Spenden direkt und auf schnellstem Wege nach Chile weitergeleitet werden.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

PRESSEMITTEILUNG - URUGUAYER IM HUNGERSTREIK

Ab heute Dienstag den 8 Juni 18 Uhr, führen 8 militante Uruguayer einen Hungerstreik aus Protest gegen die Verbrechen der Diktatur von Uruguay durch.

- Gemäß Meldungen von verschiedenen internationalen Organisationen hat es Foltermorde an mehr als 30 politischen Gefangenen gegeben.
- In Buenos Aires sind Natalio Dergan (im November 1974), Alejandro Nogueira und Adriana Maria de Nogueira, Winston Mazzuchi, Nebio Mello und Dr. Miguel Liberoff entführt worden, ohne daß man ihren Aufenthaltsort kennt.
- Im letzten Moment sind im Atlantischen Ozean - vor der Küste Uruguays -lo brutal verstümmelte Leichen angeschwemmt worden. Fünf von ihnen sind als der uruguayischen Militanten Elida Alvarez, Ary Cabrera, Luis Ferreyra, Eduardo Chisella und Ricardo Gil identifiziert worden.
- Am 16. April wurde in Buenos Aires die Genossin Telba Juarez entführt, deren durchlöcherter Körper zwei Tage später gefunden wurde.
- In diesen Tagen verschwanden die Genossen Raul Cariboni, Juan Carlos Mechoro, Hector Romero und Alfredo Pareja aus dem Gefängnis, wo sie seit 1972 gefangen gehalten waren. Sie wurden neuen Foltern unterworfen.
- Am 21. Mai sind die Leichen des Senators Zelmar Michellini, von Héctor Gutierrez Ruiz, dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer bis zum Putsch vom 27. Juni 1973 und von William Whitelaw und seiner Frau Rosario Barredo gefunden worden, nachdem man sie ebenfalls in Buenos Aires entführt hatte.
- Angesichts des Drucks der internationalen Öffentlichkeit versucht die Diktatur ihr Ansehen zu verbessern, indem sie am 23. Mai in Montevideo Mechoso, Cariboni, Romero und Pareja der Öffentlichkeit präsentierten.
- Niemand weiß bis heute etwas von dem Rest der Entführten.

Aus Protest gegen die Verbrechen der uruguayischen Diktatur und ihren Kollaborateur die Militärjunta Argentiniens und damit die schwedische und internationale Öffentlichkeit diese Verbrechen zur Kenntnis nimmt und verurteilen soll, beginnen wir heute in Stockholm diesen zeitlich unbegrenzten Hungerstreik.

Nein zur Politik der Geiseln,
daß unsere Regierung alle Entführten aus der uruguayischen Diktatur vorführe
isolieren wir die uruguayische Diktatur!

Komitee "Uruguay Kämpft"
Stockholm/Schweden

URUGUAY'76

DREI JAHRE · DREI JAHRE DIKTATUR · VOLKSWIDERSTAND

KAMPAGNE ZUR FREILASSUNG VON KLAUS ZIESCHANK

Seit drei Monaten wird der deutsche Staatsbürger Klaus Zieschank in den Kerkern der argentinischen Geheimpolizei SIDE festgehalten. Am 26. März wurde er verhaftet. Trotz zahlreicher Proteste ist er noch nicht frei gelassen worden. Was tut das bundesdeutsche Außenministerium? Was tut die Botschaft in Buenos Aires? Muß man dem deutschen Botschafter wieder einmal T a t e n l o s i g k e i t vorwerfen, wie schon bei Werner Würtele, dem Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, oder Walter Hanf, dem bundesdeutschen Journalisten?

PROTESTIERT BEI HERRN MINISTER GENSCHER! SCHICKT PROTESTKARTEN AN GENERAL VIDELA!

An den
Staatspräsident der Republik Argentinien, Buenos Aires

Betr.: Verhaftung des deutschen Staatsbürgers Klaus Zieschank in Buenos Aires, Arg. am 26. 3. 76

Sehr geehrter Herr General Videla!

Mit Empörung habe ich in der deutschen Presse gelesen, daß der deutsche Staatsbürger und Student Klaus Manfred Zieschank bereits seit Ende März in Argentinien festgehalten wird - und dies ohne Angabe von Gründen. Die FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 25. 5. meldete, daß der argentinische Geheimdienst SIDE Herrn Zieschank festhält und foltert. Diese Behandlung von Herrn Zieschank der zu einem Besuch seiner Mutter nach Argentinien gereist war, finde ich empörend und abscheulich.
Ich fordere Sie als Staatspräsident Argentiniens auf, das Leben von Herrn Zieschank zu respektieren und ihn physisch und psychisch gesund nach Deutschland zurückkehren zu lassen. Für weitere Benachrichtigung in der Angelegenheit wäre ich Ihnen dankbar.

An den
Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Hans-Dietrich Genscher

Auswärtiges Amt
Adenauerallee 101

5300 Bonn

Betr.: Verhaftung des deutschen Staatsbürgers KLAUS ZIESCHANK in Buenos Aires, Argentinien.

Sehr geehrter Herr Minister Genscher!

Mit Empörung habe ich der Presse entnommen (FR 25.5. und SZ 26.5.), daß der deutsche Staatsbürger und Student Klaus Manfred Zieschank bereits seit Ende März in Argentinien festgehalten wird - und dies ohne Angabe von Gründen. Weiterhin kann nach den o.a. Pressemeldungen als sicher gelten, daß der argentinische Geheimdienst SIDE Herrn Zieschank in seinen Händen hält und gefoltert hat. Diese Behandlung von Herrn Zieschank, der nach Argentinien fuhr, um seine dort lebende Mutter zu besuchen, finde ich empörend und abscheulich.

Ich fordere Sie, Herr Außenminister, auf, energisch alle geeigneten Mittel einzusetzen, um bei den argentinischen Behörden und beim Präsidenten der Republik, General Jorge Videla, die Respektierung des Lebens von Herrn Zieschank und seine sofortige Freilassung und ungehinderte Rückkehr in die BRD zu erwirken!

P.S.: Für weitere Benachrichtigung über die von Ihnen in dieser Angelegenheit unternommenen Schritte wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Amnesty-Tagung

Die 11.Jahrestagung der Deutschen Sektion von Amnesty International fand vom 5.-7.Juni 76 in Westberlin statt.Eine der über 20 Ländergruppen beschäftigte sich mit der Arbeit für die politischen Gefangenen in Chile. Ihre Zahl schätzt AI zur Zeit auf ca 5000, von denen etwa 250 von AI Gruppen in aller Welt adoptiert sind. AI wird sich in Zukunft verstärkt für Gefangene in Provinzgefängnissen einsetzen und dabei das Prinzip der Adoption von Gefangenengruppen anwenden.
AI forderte die OAS Konferenz in Santiago auf, sich mit der jüngsten Welle von Massenverhaftungen in Chile zu beschäftigen. Ferner bat die Deutsche Sektion von AI den AI Vorstand, beim State Department gegen die Teilnahme des chilenischen Segelschulschiffes "Esmeralda" an den Feierlichkeiten zur 200-Jahrfeier der USA zu protestieren. Die zur Inhaftierung und Folterung politischer Häftlinge verwendete "Esmeralda" soll am 4.Juli an der Parade von über 200 Segelschiffen aus 35 Nationen im Hafen von New York teilnehmen.

★★★

Das CHILE-KOMITEE Münster teilt uns mit:
Wir haben seit unserem Bestehen (Okt.1973) mehr als 100 000,- DM für die Chile-Solidarität und für Chile-Flüchtlinge an Spenden gesammelt.
Die "magische" Grenze wurde Mitte Mai übersprungen.

★★★

Der MIR informiert:

1. OPRECH (Büro für die chilenischen politischen Gefangenen) führt in der BRD eine Kampagne durch, um das Leben von EDGARDO ENRIQUEZ, einer der Führer der chilenischen Linken im Ausland, und anderer Vertreter des Volkswiderstandes zu retten.

   OPRECH fordert die offizielle Anerkennung der Verhaftung von EDGARDO ENRIQUEZ (MIR), Victor DIAZ und MARIO ZAMORANO (KP).

2. Am 30. Juni wird in Westberlin von allen chilenischen Parteien eine Veranstaltung mit folgenden Zielen durchgeführt:
   - Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile
   - Offizielle Anerkennung der Verhaftung von E.Enriquez, V.Diaz, M.Zamorano, EZEQUIEL PONCE, CARLOS LORCA.

Ort: Audimax TU 19 Uhr.

Das Nobel-Komitee von Sheila Cassidy und Daniel Moore bittet darum, den Vorschlag der Verleihung des Friedensnobelpreises für an die Bischöfe Frenz und Aristia dadurch zu unterstützen, daß dieser Vordruck an das Nobel-Komitee in Oslo geschickt wird.

Absender

Postleitzahl

POSTKARTE

An das

Nobel-Komitee

Norske Storting

O S L O

Norwegen

(Straße und Hausnummer oder Postfach)

Am 31. Januar 1976 wurde dem Nobel-Komitee von Sheila Cassidy und Daniel Moore im Namen des chilenischen Volkes ein Vorschlag zur Verleihung des FRIEDENS-NOBELPREISES 1976 an die Gründer des chilenischen Friedenskomitees (Comité para la Paz), die Bischöfe Helmut Frenz und Fernando Ariztia gemacht.

Ich befürworte diesen Vorschlag, da ich darin eine moralische Unterstützung für das unter der Militärdiktatur leidende chilenische Volk sehe.

....
Ort, Datum Unterschrift

★★★★

Das EMERGENCY COMMITTEE TO DEFEND LATIN AMERICAN FILM MAKERS New York 10012/339 Lafayette Street, dem u.a. Peter Bogdanovich, Thomas Brandon, Jane Fonda, Elia Kazan, Emile de Antonio, Jack Nicholson, Arthur Penn und Robert Wise angehören, teilt uns folgende Nachricht mit:

Am 27. Mai 1976 verschwand der international bekannte argentinische Filmemacher RAYMUNDO GLEYZER in Buenos Aires (seine Filme:"currido en Hualfin (Brasilien)","Mejico, la revolución congelada","Los traidores (Argentinien)"- die letzten beiden Filme liefen auf dem Forum des jungen Films in Berlin 1971 und 1973).

Seine Familie, Freunde und Kollegen stellten alle nur möglichen Nachforschungen an und reichten ein Gesuch um Habeas Corpus ein. Nach ihren Angaben handelt es sich bei RAYMUNDO GLEYZER um ein weiteres Opfer der politischen Situation Argentiniens. Sie nehmen an, daß er gekidnapt worden ist. Man fürchtet um seine Gesundheit und um sein Leben!

Protesttelegramme und Briefe sind zu richten an:

Botschafter von Argentinien in der BRD, 53 Bonn, Kronprinzenallee 16
General Jorge Videla, Casa Rosada, Buenos Aires, Argentinien

BOYKOTT - FLUGBLATT AUS GIESSEN

SO ODER AUCH ÄHNLICH KÖNNEN WAREN GEKENNZEICHNET SEIN,
DIE AUS CHILE ZU UNS IN DIE GESCHÄFTE KOMMEN.....

BITTE BEDENKEN SIE

Santiago 1976: Mutter suchen im Müll eines Marktes nach Eßbarem für ihre Kinder

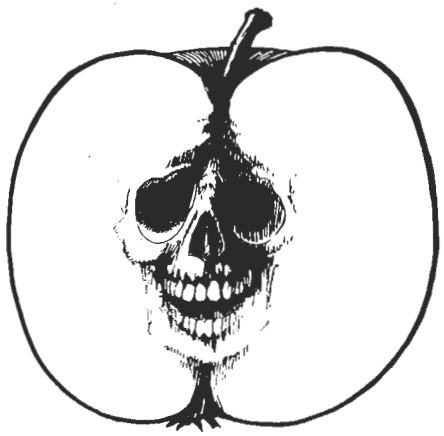
WENN SIE CHILENISCHE PRODUKTE KAUFEN, UNTERSTÜTZEN SIE EIN REGIME,

- das Folter, willkürliche Verhaftungen, Mord an 'zig tausenden von Menschen zur Alltäglichkeit hat werden lassen
- in dem die Kindersterblichkeit 77,3% beträgt und selbst Kinder - so unwahrscheinlich das klingt - gefoltert werden
- in dem Hunger, Arbeitslosigkeit und Unterernährung für das Volk wieder zum "täglichen Brot" geworden ist, während wenige in Luxus und Überfluß leben

Es werden aus CHILE Lebensmittel
ausgeführt, obwohl im Lande
Hunger herrscht.
Die Devisen kommen nicht
dem Volk zugute
sondern unterstützen
die Diktatur

Deshalb:

Kauft keine chilenischen
ÄPFEL. ZWIEBELN, WEIN, BIRNEN,
MEERESFRÜCHTE, SCHUHE!



V.i.S.d.P.

C. Nix Händelstr.2o 63 Giessen

INFORMATIONEN

PEN- CLUB

Das Internationale Exekutiv-Komitee des PEN-Clubs hat mit überwältigender Mehrheit (21 Stimmen gegen 1 bei 4 Enthaltungen)die Mitgliedschaft des chilenischen PEN bis zum nächsten Jahr suspendiert; dann wird unter Berücksichtigung der Haltung des chilenischen PEN wiederum beraten.
Das ist unseres Wissens das zweite Mal, daß - nach dem Ausschluß des faschistischen Deutschlands - ein nationales PEN-Zentrum suspendiert wird.
Grund der Suspendierung war nicht nur die bekannte Verfolgung und Ermordung chilenischer Schriftsteller, sondern die Haltung des chilenischen PEN, "der nicht nur nicht bereit ist, seinen Kollegen zu helfen, sondern auch leugnet, daß eine solche Situation(der Verfolgung) existiere."
Die einzige Gegenstimme hatte der junta-treue chilenische Vertreter Hübner abgegeben - Bibliotheksdirektor im chilenischen Parlament, das die Junta gleich nach dem Putsch aufgelöst hat...

★★★

Im Rahmen des Westberliner Film Festivals zeigt Leo Gabriel seine in Lateinamerika in Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Massenorganisationen entstandenen Filme (super 8):
- La otra (Guatemala)
- Levantate (Kolumbien, Ziel, Kampfformen und Organisation der Asociación Nacional de Usuarios Campesinos)
- Los militares en el gobierno (Peru, Nicaragua, Ecuador)
- Bergarbeiter (Bolivien)
- El Regreso (Argentinien- Zeit zwischen Rückkehr Perons und seinem Tod)
- Los marginados (Mexico)
- La Colonia Ruben Jaramillo (Mexico)

Die Filme werden in der Galerie Hammer am 4. Juli zwischen 14 und 19 Uhr gezeigt.

★★★

(Um den Abdruck dieser Anzeige hat uns die ACS gebeten)

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Schüler veranstaltet vom 18. -20. Juni für Schüler ab 15 Jahre ein Wochenendseminar mit dem Thema "Chile: Demokratie und Faschismus". Es findet im Jugendbildungs- und Freizeit entrum Bückeberg bei Obernkirchen statt. Die Kosten betragen ca. 20. -DM. Fahrtkosten werden erstattet. Weitere Informationen bei: Uta Schäfer, von Stauffenbergstr. 10, 314 Lüneburg.

Carol Andreas, eine nordamerikanische Feministin berichtet in ihrem Buch "Nothing is as it shouldbe" über ihr Leben vor und nach dem Militärputsch in Chile. Das Buch ist zu bestellen über :
Schenkman Publishing Company, 3 MT. Auburn Place, Cambridge, Massachusetts 02138, U.S.A. (Preis:4,50Dollar, 50% Rabatt,wenn Zahlungsscheck eingelegt ist in die Bestellung)

Kontaktadressen

Chile-Komitee, Jugendhaus, Triebgasse 21, **8750 Aschaffenburg**
Chile-Komitee, c/o Ulli König, Pfarrhausstr. 8, **8500 Augsburg**
Chile Komitee, c/o Ulli Dressel, Josephstr. 63 **463 Bochum**
Chile-Komitee, c/o W. Bansemer, Kaiserstr. 91 **5300 Bonn**
Chile-Komitee, c/o Guillermo Gerding, Rosenthalstr. 10, **3300 Braunschweig**
Chile Komitee, c/o Ulrich Schwecke, Auf den Häfen 12 - 14, **2800 Bremen**, Tel. 0421/74799
Chile-Komitee, c/o U. Heeren, Oldenburgstr. 128, **2870 Delmenhorst**
Chile-AG, c/o Willy Boehmer, Robert-Koch-Str. 46, **4600 Dortmund 1**, (bei Axmann)
Chile-Komitee, c/o Club International, Talstr. 103, **4000 Düsseldorf**
Chile-Initiative Emmerich-Kleve, c/o SJD Die Falken/Kreisverband Kleve, Südstr. 75 **4180 Goch**
Chile-Komitee, c/o Span. Zentrum, Kibbelstr. 12, **4300 Essen**, Telefon 23 66 02
Chile-Komitee, c/o G. Wecken, Große Str. 12 **2390 Flensburg**
Chile-Komitee, c/o Eva v. Hase, Koselstr. 18 **6000 Frankfurt a.M.**, Tel. 0611-553923
Chile-Komitee, c/o Reinhard Schlegel, Lehener Str. 99 b, **7800 Freiburg**, Tel. 0761/82413
AG Chile, c/o W. Lessner, Nordring 103, **7320 Göppingen**
Chile-Komitee, c/o Klaus-Peter Richter, Lotzestr. 4, **3400 Göttingen**
Chile-Komitee **Gießen**, c/o C. Nix, Birkenweg 3, 6311 Atzbach
Chile-Komitee **Gronau**, c/o Thomas Vogt, Ammeln 33, 4422 Ahaus, Tel. 02561/2227
Chile-Komitee, c/o Angelika Berg, Karolinenstr. 6, **2000 Hamburg**, Telefon 040/4399833
Chile-Komitee, c/o Günter Lindner, Sandstr. 44, **4700 Hamm 5**, Tel. 02381/36553
Chile-Komitee, c/o H. Hildmann, Gretchenstr. 23, **3000 Hannover**, Tel. 0511/315408
Chile-Komitee, c/o Maria Ordnung, Kettengasse 1, **6900 Heidelberg**
Chile-Komitee, c/o Helmut Buchta, Neustr. 69, **4690 Herne**

Chile-Komitee, c/o AStA der C.A.U., Westring 593, **2300 Kiel**
Chile-Komitee c/o M. Fuhrmann, Buchheimerstr. 17, **5000 Köln 80**, Tel. 618381
Chile-Komitee, c/o E. Bender, Jugendzentrum, **6240 Königstein**
Chile-Komitee, c/o ESG, Höhenweg 43, **7750 Konstanz**, Tel. 0731/63215
Chile-Komitee **Mainz**, Krauskopfalle 27, 6229 Schlangenbad 5
Chile-Komitee, c/o S. Müller, Bahnhofstr. 36, **3550 Marburg**
Chile-Komitee **Moers** c/o Detlef Dobersalske, Baggerstr. 10, 4134 Rheinberg 4
Lateinamerika-AK, c/o V. Witte, Postfach 8642, **4400 Münster**
Chile-Komitee, c/o G. Oechsle, Hohenberger Str. 36, **7270 Nagold**, Tel. 07452/2708
Chile-Komitee, c/o Peter Tröstler, Voltastr. 3, Hinterhaus, **8500 Nürnberg**
Chile-Komitee **Nürtingen**, c/o B. Kottler, Linsenhofer Str. 51, 7444 Buren
Chile-Komitee, c/o K.D. Müller, Hasestr. 56, **4500 Osnabrück**, Tel. 0541/25288
Chile-Komitee, c/o D. Peters. Postfach 1631, **4790 Paderborn**
Chile-Komitee, c/o M. Otto, Rosenstr. 14, **7550 Rastatt**
Chile-Komitee, c/o R. Regus, Talstr. 41, **6600 Saarbrücken 1**, Tel. 0681/53502
Chile-AG **Schwerte**, c/o Th. Wild, Höhenweg 25, 46 Dortmund 30
Chile-Komitee, c/o Robert Stein, Paul-Egell Str. 20, **6720 Speyer**, Tel. 06232/76300
Chile-Komitee, c/o Dimo Haith, Römerstr. 70 **7000 Stuttgart 1**, Tel. 0711/606357
Chile Komitee, c/o Raimund Ewertz, Maarsstr. 88, **5500 Trier**
Chile-Komitee, c/o AStA-Clubhaus, Wilhelmstr. 30, **7400 Tübingen**, Tel. 07071/26801
Chile-Komitee, c/o M. Gingelmaier, Klingensteinerstr. 61, **7900 Ulm**, Tel. 383791
Chile-Komitee, c/o Reeg, Dambachtal 20 **6200 Wiesbaden**
Chile-Komitee, c/o Arbeiterbuch/Unibuch, Neue Nordstr. 6, **5600 Wuppertal 1**
Chile-Komitee c/o FDCL, Savignyplatz 5 **1000 Berlin 12**, Tel. 030/3135065 (Bürozeit 10 - 13, 14 - 17)
Chile-AG, c/o T. Boehmke, J.F. Kennedy Str. 101, **6660 Zweibrücken** Tel. 06332/43219

WIR MACHEN UNSERE GESCHICHTE SELBST!

- BAUERNKÄMPFE IN CAJAMARCA -

EIN GESCHICHTSBUCH, GESCHRIEBEN VON PERUANISCHEN CAMPESINOS - INS DEUTSCHE ÜBERSETZT

Das Buch vermittelt einen guten Einblick in den Kampf der Bauern im Norden der peruanischen Anden, gegen semifeudale Abhängigkeitsstrukturen, für Land und nationale Befreiung. Die Campesinos selbst haben in diesem Geschichtsbuch die Geschichte ihrer Kämpfe für andere Bauern ihres Landes dokumentiert. Ein wichtiges Dokument für alle, die an Problemen der Dritten Welt arbeiten.

ca. 120 Seiten mit über 60 Illustrationen, Preis ca. 6,50

Bestellungen an AGRARLIT, Heusteigstr. 49, D 7 Stuttgart 1 oder über fortschrittliche Buchhandlungen und 3-W-Gruppen

Brasilien Rundschau

amnesty beschuldigt brasilianische Regierung:
Mord und Folter an politischen Gefangenen

BRASILIEN RUNDSCHAU
- eine Zeitung über Brasilien und die deutsch-brasilianischen Beziehungen
- erscheint jährlich, Umfang 10 Seiten
- Herausgeber: die Brasilienkoordinationsgruppe von amnesty international

- berichtet über politische Gefangene, Repression, Folter und Zensur in der jetzt 12 Jahre andauernden Militärdiktatur
- analysiert das sogenannte "brasilianische Wirtschaftswunder", wer es macht und welche Rolle die deutschen Unternehmen darin spielen
- informiert über die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen der BRD und Brasilien
- greift für alle, die sich mit den größten Staat Lateinamerikas beschäftigen: Schüler - und Lehrer - , politische, entwicklungspolitische, kirchliche etc. Gruppen; für den Verkauf bei Veranstaltungen und auf der Straße ...

Schwerpunktthemen der BRASILIEN RUNDSCHAU 1976 :

• DEUTSCHLAND UND BRASILIEN: Stellungnahmen der drei Bundestagsfraktionen zum Thema
Brasilien; SPD-MdB Karl Heinz Hansen über die deutsch-brasilianischen Wirtschaftsund Entwicklungshilfebeziehungen; die Rangliste der deutschen Unternehmen in Brasilien; das Nuklearabkommen; die brasilianischen Kernkraftwerks-Baupläne der Kraftwerk Union; das Gewissen des Ministers Matthöfer;

• REPRESSION: Die "neue Welle der Unterdrückung" in Brasilien; das Dokument von 35 politischen Gefangenen; Folter; Amnesty International; Folterinstrumente; Folterärzte; Exposition gefangener Folterer; "Die Tod des Journalisten Herzog"; Aufforderung einer politischen Gefangenen, der seit 5 Jahren ohne Urteil im Gefängnis sitzt;

• und Berichte über Wirtschaft und Kirche, Uruguay und Argentinien, Interview mit Bischof Frenz über Chile, Bücher zum Thema Brasilien, eine Kurzgeschichte ...

BEZUG: amnesty international, Brasilienkoordinationsgruppe, Bergisch-Gladbacher-Str. 1141, 5000 Köln 60 (Exemplare der Ausgabe 1975 sind noch erhältlich, 1976 vergriffen)
PREIS: Einzelpreis DM 0,60, Mengenpreise auf Anfrage
Bei Bezug eines Einzelexemplars bitte DM 1,20 in Briefmarken schicken (DM 0,60 Porto

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift
+berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
+ gibt dazu Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 – 60 Seiten: DM 28,– / öS 200,– / Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,– / öS 140,– / Sfr 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg
Tel. 0761 / 7 4003

Probeexemplar anfordern!

Amnesty International gibt die Publikation "Briefe und Dokumente CHILE" bekannt. Diese Broschüre von 113 Seiten gibt eine Übersicht über die Lage in Chile bis zum Jahresende 1975. Die meisten Texte sind erstmals ins Deutsche übersetzt.

Zu beziehen bei: amnesty international, Chile-Koordinationsgruppe,
Vogelsbergstraße 36, 6000 Frankfurt 1